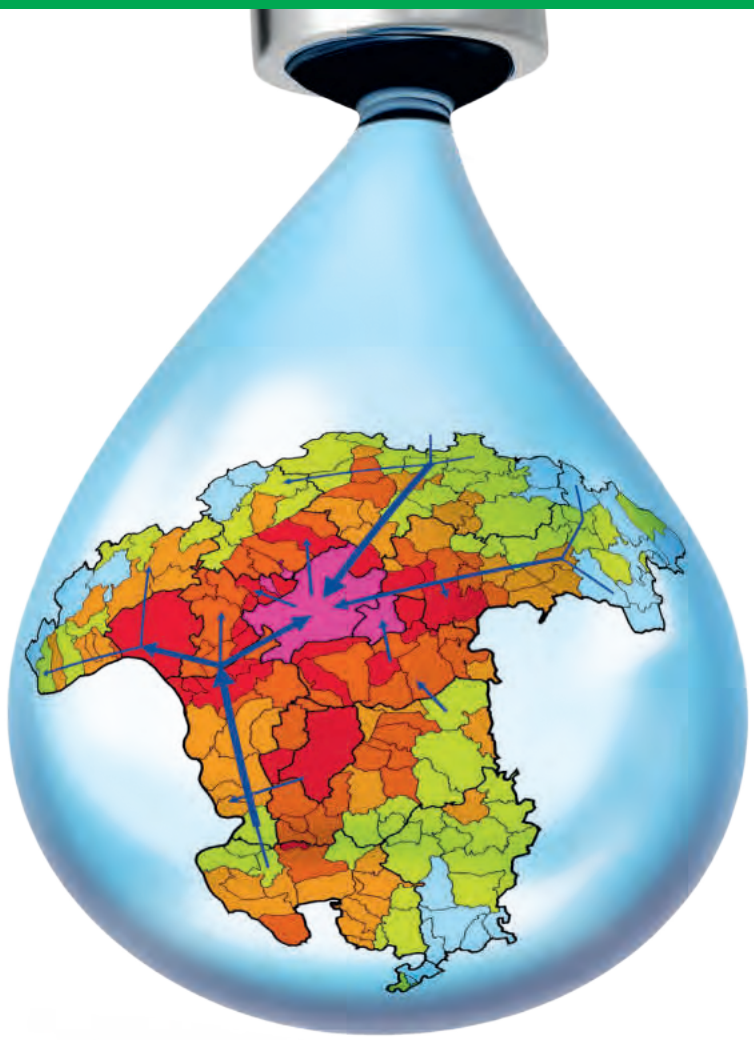
hessenwasser

INSIDE · OUT

DAS HESSENWASSERMAGAZIN 2/2013



Situationsanalyse
zur Wasserversorgung
in der Rhein-Main-Region

Gemeinsam handeln für eine sichere Trinkwasserversorgung

Andreas Niedermaier, HSE:
„Wasserqualität hat Priorität“

Partner in der Region:
Liederbach am Taunus

Politikthriller auf EU-Ebene:
Konzessionsvergaberichtlinie

Aktuell

Grundwasser und Wald
im Ried – Betrachtung aus
Sicht der Wasserwirtschaft

Zeit zum Handeln!

Während im Bund der Vertrag für die große Koalition kaum zehn Wochen nach der Bundestagswahl vereinbart wurde und CDU und SPD demnächst in gemeinsamer Regierungsverantwortung „Deutschlands Zukunft gestalten“ werden, müssen wir in Hessen noch auf die „politischen Leitplanken“ der neuen schwarz-grünen Landesregierung und ihr Personaltableau warten. Zu hoffen ist, dass das wochenlange Sondieren und Taktieren nicht stilbildend wirkt auf die Arbeitsweise der neuen Landesregierung. Denn aus unserer Sicht gibt es bezüglich der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main einige Themen, bei denen es für die hessische Politik höchste Zeit ist, die Signale zu erkennen und die Zukunft des Landes oder jedenfalls der Rhein-Main-Region zu gestalten.

In einer aktuellen Studie hat die Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM) die Wasserversorgung in der Rhein-Main-Region kritisch analysiert und kommt zu einem ernüchternden Ergebnis: Es besteht dringender Handlungsbedarf für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Metropolregion. Wo konkret die Probleme liegen und welche Lösungswege die Branche aufzeigt, können Sie in dieser Ausgabe lesen (Seite 6).

Der politische Wille, zu gemeinsamen Lösungen zu finden, ist auch beim runden Tisch zum Thema „Wasser und Wald im Hessischen Ried“ gefordert. Volker Manger, Leiter des Bereichs Ressourcenmanagement, stellt in seinem Beitrag auf Seite 20 die fachlichen Hintergründe der Grundwasserstandsentwicklung im Hessischen Ried dar.

Die unmittelbaren Auswirkungen der Politik auf die Versorgungswirtschaft machen sich in letzter Zeit am deutlichsten in der Energiebranche bemerkbar: in Form von drastischen Sparprogrammen und Personalabbau als Folge der Energiewende. In Hessen kommen für die kommunalen Mehrspartenunternehmen vieler Städte noch Preissenkungsverfügungen des Landeskartellamts hinzu. Andreas Niedermaier, HSE-Vorstand und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Hessenwasser, nimmt im Interview Stellung zur Senkung der Wasserpreise seines Unternehmens und erläutert seine Perspektive auf die Zukunft der Wasserversorgung in Südhessen (Seite 8).

Eine Erweiterung der Perspektive auf die europäische Ebene liefert Wulf Abke. Sein Beitrag ermöglicht einen Blick hinter die Kulissen und beschreibt am Beispiel der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie die erfolgreiche Strategie des BDEW zum Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung bei der öffentlichen Wasserversorgung (Seite 10).

Die Kommunen als unsere Partner und Kunden kommen in diesem Heft in zwei Beiträgen zu Wort: Im Interview stellt sich Joachim Reimann, neuer Bürgermeister der Gemeinde Niedernhausen und Verbandsvorsteher des WBV Niedernhausen/Naurod unseren Fragen (Seite 22). Die Bürgermeisterin der Gemeinde Liederbach, Eva Söllner, findet im Gespräch kritische Worte zum übertriebenen Sparen von Wasser und berichtet über ein Projekt zum angewandten Grundwasserschutz (Seite 14).

Nachrichten und weitere Beiträge aus unserem Unternehmen, zum Beispiel die Vorstellung der Arbeit des Bereichs Trinkwassergüte, und aus der Region, wie der Bericht über das 50-jährige Jubiläum des Wasserverbandes Kinzig, runden das Heft ab. Wir hoffen, die Auswahl der Themen findet Ihr Interesse und bereitet Ihnen eine unterhaltsame und informative Lektüre.

Wir wünschen Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr.

Herzlichst Ihr

Dr. Hubert Schreiber
Leiter Unternehmenskommunikation

IMPRESSUM

Herausgeber:
Hessenwasser GmbH & Co. KG
Taunusstraße 100
64521 Groß-Gerau/Dornheim
Tel.: 069 25490-0
www.hessenwasser.de

Redaktion:
Dr. Hubert Schreiber (v.i.S.d.P);
Dörte und Ralf Dunker, Heike Millhoff, (Press'n'Relations II GmbH 81241 München)

Beiträge:
W. Abke, H. Imber, V. Manger, Dr. B. Post, M. Steinbach, W. Herber, Dr.-Ing. U. Roth, A. Niedermaier

Bildquellen:
Titel: Wasserhahn: VERSUSstudio - fotolia.com
Europarecht: © benqook - fotolia.com

Gesamtherstellung:
Henrich Druck + Medien GmbH, Frankfurt am Main

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C016059

INHALT

WASSER · EDITORIAL
Zeit zum Handeln! 2

WASSER · AKTUELL
Energiemanagementsystem erfolgreich überwacht 3
Besuch der Leitzentrale Hessenwasser 3
„Verursacher- und Vorsorgeprinzip stärken“ 4
Wallfahrer besuchen Wasserversorger 4
Bildung für Nachhaltige Entwicklung 4
Trinkwasser für Tamugh 5
Frankfurts oberster Förster ist im Ruhestand 5

WASSER · WIRTSCHAFT
Gemeinsam handeln für eine sichere Trinkwasserversorgung 6

WASSER · MENSCHEN
Wasserqualität hat höchste Priorität 8

WASSER · POLITIK
Nichts ist wie es scheint 10

WASSER · KUNDEN
Partnerschaft mit Wachstumspotenzial 14

WASSER · QUALITÄT
Qualität, auf die Verlass ist 16

WASSER · VERBÄNDE
50 Jahre Wasserverband Kinzig 18

WASSER · WIRTSCHAFT
Wasser, Wald und der runde Tisch im Hessischen Ried 20

WASSER · KOOPERATION
Kontinuität im Wandel 22

WASSER · WISSEN
Trinkwasser top bewertet 23

ENERGIEMANAGEMENTSYSTEM ERFOLGREICH ÜBERWACHT

Ende Oktober 2013 wurde das Energiemanagementsystem (EnMS) der Hessenwasser einem Überwachungsaudit unterzogen. Seit der Zertifizierung Ende 2011 war dies die zweite Überprüfung des EnMS durch Fachgutachter des TÜV Rheinland. Für Energiemanager Heiko Imber und die anderen Beteiligten von Hessenwasser ist das jährliche Audit aufwendig: Dieses Mal hatten die beiden Auditoren des TÜV zur Überprüfung der Systemdokumentation und Begehung verschiedener Standorte drei Tage veranschlagt. Auch Elisabeth Jreisat, Leiterin des Unternehmensbereichs Technik, wurde im Rahmen der Überprüfung befragt.
Das Audit verlief zur vollen Zufriedenheit der Prüfer. Hessenwasser ist nach Aussage der Prüfer eines der wenigen Unternehmen, die bereits ein Kataster der Klimageräte pflegen, die nach §12 der Energieeinsparverordnung einer regelmäßigen energetischen Inspektion unterworfen sind.
Seit Einführung des EnMS ist der Strombedarf bei Hessenwasser um 2 % gesunken, was einer jährlichen Reduktion des CO_2-Ausstoßes um rund 700 Tonnen entspricht. □

Gute gelaunt beim EnMS-Überwachungsaudit (v.l.n.r.): Heiko Imber, Elisabeth Jreisat, Dr. Oliver Huschens und Roland Grothe.

BESUCH DER LEITZENTRALE HESSENWASSER

Paul Weimann, ab Januar 2014 neu bestellter Geschäftsführer des Wasserbeschaffungsverbands Rheingau-Taunus (WBV RT), besuchte gemeinsam mit Helmut Schumann, der als Geschäftsführer altersbedingt zum Jahresende ausscheidet, die neue Leitzentrale Hessenwasser (LZH). Bei dem gemeinsamen Termin mit Werner Herber, Geschäftsbereichsleiter Markt, ließen sie sich von Franco Coppola, Chef der LZH, die neue Kommandozentrale für die Wasserversorgung der Metropolregion erläutern. Von ihr werden nun auch die Anlagen des WBV RT gesteuert, die früher in der Leitwarte Wiesbaden aufgeschaltet waren. □

v.l.n.r.: Franco Coppola, Paul Weimann, Helmut Schumann, Werner Herber.

„VERURSACHER- UND VORSORGEPRINZIP STÄRKEN“

Auf der Wasserfachlichen Aussprachetagung (wat), die Ende September in Nürnberg stattfand, sprach sich BDEW-Vizepräsident Wasser/Abwasser Wulf Abke für eine Stärkung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips beim Gewässerschutz aus. Er benannte drei zentrale Anliegen der Wasserwirtschaft:

- Dringend erforderlich seien weitergehende gesetzliche Maßnahmen zur Vermeidung von weiteren Gewässerbelastungen mit Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen. Dazu müsse – neben einer Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie in nationales Recht – das landwirtschaftliche Fachrecht ergänzt werden. Aus Sicht von Abke überfällig ist eine Novelle der Düngeverordnung mit einer Begrenzung der maximalen Stickstoffdüngung, bei der sämtliche Stickstoffeinträge berücksichtigt werden. Nach wie vor ließen sich die Nitrat-Grenzwerte im Trinkwasser in bestimmten Regionen nur durch aufwendige Maßnahmen der Wasserversorger einhalten. Daher sollten die Nitratbelastungen an der Quelle der Verschmutzung eingedämmt werden – auch um in Zukunft Kosten zu vermeiden.
- Als Schwerpunkt im Gewässerschutz sieht Abke außerdem die fachgerechte Entsorgung von Altmedikamenten zur Vermeidung weiterer Gewässerbelastungen. Der BDEW-Vizepräsident Wasser/Abwasser forderte eine Umkehr der Beweislast. Bei der Medikamentenentwicklung müsse sich die Pharmaindustrie – und nicht die Wasserversorgung – die Frage stellen, wie an der Quelle Krankenhaus eine aktive Vermeidungs- und Entsorgungsstrategie erfolgen könne. Abke kündigte an, dass sich der BDEW gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe für die Einführung eines bundesweit einheitlichen Sammel- bzw. Rücknahmesystems für Altmedikamente einsetzen werde.
- Handlungsbedarf sieht Abke zudem bei der Überarbeitung des Pflanzenschutzrechts und den verbundenen Rechtsvorgaben. Er forderte, im Pflanzenschutzrecht spezifische Maßnahmen zur Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bzw. Minimierung der damit verbundenen Risiken in Wasserschutz- und Trinkwassergewinnungsgebieten zu verankern. □

Auf der diesjährigen Wasserfachlichen Aussprachetagung setzte sich Wulf Abke für die Durchsetzung des Verursacherprinzips beim Gewässerschutz ein.

WALLFAHRER BESUCHEN WASSERVERSORGER

Anlässlich der Wallfahrt des Dekanats Rüsselsheim im September fand auch die Radwallfahrt der katholischen Betriebsseelsorge statt. Ziel der diesjährigen Tour, die von Pastoralreferentin Ingrid Reidt (Leiterin der Regionalstelle Rüsselsheim der katholischen Betriebsseelsorge, im Bild 2. von links) und von Irmgard Jahn (Gemeindereferentin von St. Walburga in Groß-Gerau, 1. von links) betreut wurde, war die Wallfahrtskirche Maria Einsiedel am Ortsrand von Gernsheim. Erste Station auf dem Weg von Groß-Gerau war die Hauptverwaltung der Hessenwasser. Die Teilnehmer konnten sich dort über die Arbeit von Hessenwasser informieren. Artur Lipinski (3. von links), Mitarbeiter im Hessenwasser-Zentrallabor und Mitglied des Betriebsrats, war mit von der Partie und beantwortete Fragen zum Trinkwasser. Pastoralreferentin Reidt informierte die Wallfahrer in einem Impulsreferat über die europäische Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“, bevor die Gruppe einen Schluck frischen Hessenwassers genoss und ihre Tour nach Gernsheim fortsetzte.

Weitere Infos zur Bürgerinitiative unter www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht bzw. via QR-Code

BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Nachhaltigkeit lernen – Weltdekade der Vereinten Nationen 2005–2014. Bildung für nachhaltige Entwicklung – UNESCO

© Unesco Kommission

Im Rahmen des 10. Runden Tisches der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ würdigte die Deutsche Unesco-Kommission auch fünf Projekte aus Frankfurt am Main. Zum vierten Mal wurde das Projekt „Entdecken, Forschen, Lernen im Frankfurter GrünGürtel“ ausgezeichnet. Hessenwasser unterstützt dieses Bildungsprogramm seit 2005: Im Wasserwerk Goldstein im Frankfurter Stadtwald haben Schulklassen die Möglichkeit, das Thema Wasser und Trinkwasserversorgung praxisbezogen zu erfahren. Eine Besichtigung des Wasserwerks rundet die halbtägige Veranstaltung ab. Das erlebnisorientierte Lernkonzept, das neben dem experimentellen auch den spielerischen Teil nicht vernachlässigt, kommt ebenso gut an wie das Motto „Wasser ist mehr als H_2O“. □

TRINKWASSER FÜR TAMUGH

Millionen von Menschen in der sogenannten Dritten Welt haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Dagegen kann man auch als Einzelner etwas unternehmen, wie das Beispiel von Ulrich Rein zeigt: Während einer Kenia-Reise im Jahre 2010 lernte der Rüsselsheimer Ingenieur den Geistlichen Martin Komingoro kennen. In dessen Heimatort Tamugh, einer kleinen Gemeinde im Westen des Landes, herrschten sehr schwierige sanitäre Bedingungen. Die Menschen sammelten mit einfachsten Mitteln Regenwasser oder gruben an feuchten Stellen im Boden nach Sickerwasser. Da auch die Wildtiere nur dort Wasser finden, ist dieses oft mit Keimen ihrer Hinterlassenschaften belastet und die Menschen litten regelmäßig an Durchfall und Typhus, teilweise mit tödlichem Ausgang.

Als Ingenieur wusste Rein, wie die Wasserversorgung vor Ort zu verbessern war. Um sein Wissen in die Tat umzusetzen, gründete er das Projekt „Sauberes Trinkwasser für Tamugh“. Gemeinsam mit Martin Komingoro, der die Arbeiten vor Ort koordiniert, hat er einiges bewegt: Nun verfügen die knapp 2.500 Dorfbewohner über sauberes Wasser, das aus einer Quelle ins Dorf geleitet wird.

Vor einigen Wochen war Martin Komingoro bei Ulrich Rein in Rüsselsheim zu Besuch. Auf Vermittlung der Stadtwerke Rüsselsheim lud Hessenwasser zu einer Besichtigung des Wasserwerks Eschollbrücken ein. Bei dieser Gelegenheit erfuhr auch Hessenwasser-Kundenbetreuerin Brigitte Hentschel von dem Projekt „Sauberes Trinkwasser für Tamugh“. Spontan hatte sie die Idee, auf dem nächsten Betriebsfest Geld für den geplanten Ausbau der Regenwassernutzung zu sammeln. So kamen rund 335 Euro zusammen. Ulrich Rein freut sich über die Unterstützung; sie kann viel bewirken: Bereits mit 105 Euro kann die Hütte einer Familie in Tamugh mit Trinkwasser versorgt werden. □

Dank des Engagements des Rüsselsheimer Ingenieurs Ulrich Rein verfügen viele Menschen im kenianischen Tamugh heute über sauberes Trinkwasser.

FRANKFURTS OBERSTER FÖRSTER IST IM RUHESTAND

Ende Oktober ist Reinhard Divisch, Leiter des StadtForst Frankfurt und damit sozusagen der oberste Förster von Frankfurt am Main, nach 28 Jahren Dienst in den Ruhestand getreten. Sein Verantwortungsbereich erstreckte sich auf rund 5.000 ha Wald – der Frankfurter Stadtwald ist immerhin einer der größten innerstädtischen Forste Deutschlands. Divischs Aufgabenspektrum war so vielfältig wie sein Arbeitsplatz: hoheitliche Aufgaben verschiedenster städtischer Projekte, technische Leitung und Holzvermarktung, Waldbewirtschaftung, Jagdbetrieb und nicht zuletzt die Vertretung des StadtForstes als Mitglied in diversen forstwirtschaftlichen Gremien. Bedingt durch die zahlreichen Anlagen der Wasserversorgung im Stadtwald gab es auch viele Projekte mit Hessenwasser, die immer von einer fairen Zusammenarbeit geprägt waren. An der Schnittstelle von Forst- und Wasserwirtschaft hatte Divisch immer auch den Blick für die Notwendigkeiten der Partner.

Reinhard Divisch war trotz aller bürokratischen Verpflichtungen stets ein Botschafter des Waldes, ein Förster mit Leib und Seele. Auf seine Initiative geht auch der Bildkalender Wald & Wasser zurück, den der StadForst mit Hessenwasser im Jahr 2012 realisierte. Designierte Nachfolgerin im Amt ist seine bisherige Stellvertreterin Dr. Tina Baumann. □

Reinhard Divisch, bis Oktober 2013 Leiter des StadtForst, war stets Botschafter des Waldes.

Gemeinsam handeln für eine

Der Arbeitskreis „Wasserbilanz Rhein-Main“*) der Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM) hat die Wasserversorgung in der Metropolregion kritisch analysiert und stellt fest: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Hier die wichtigsten Ergebnisse der „Situationsanalyse zur Wasserversorgung in der Rhein-Main-Region“.

Die ergiebigen Wasservorkommen und die großen Wasserwerke im Hessischen Ried und im Vogelsberg bilden das Rückgrat der Trinkwasserversorgung in der Rhein-Main-Region. Unverzichtbarer Teil der Infrastruktur in dem Ballungsraum ist der Leitungsverbund Rhein-Main. Er wird im Wesentlichen von den kommunalen Wasserversorgungsunternehmen in der WRM getragen. Der Leitungsverbund ist Voraussetzung für die Versorgungssicherheit in der öffentlichen Wasserversorgung, denn er bietet Ausgleichsmöglichkeiten in besonderen Versorgungssituationen. Die Konzeptionen und Planungen hierfür stehen in der Kontinuität und Fortsetzung der Landeswasserplanungen aus den 1960er-Jahren. Zur Versorgung der Gesamtregion kommt den infiltrationsgestützten Gewinnungsanlagen im Hessischen Ried aufgrund des landesplanerischen Leitbildes der integrierten umweltbezogenen Grundwasserbewirtschaftung heute besondere Bedeutung zu. In Trockenjahren sind der Raum Frankfurt zu ca. 50 %, der Raum Wiesbaden zu ca. 55 % und der Raum Darmstadt zu 100 % auf diese Form der Wassergewinnung angewiesen.

*) Teilnehmer im WRM-Arbeitskreis „Wasserbilanz“

Handlungsbedarf

Für die Wasserversorgung in der Rhein-Main-Region herrscht insbesondere in Trockenjahren und bei Ausfallsituationen ein Wassermengenrisiko. Die Gefahr von Versorgungsausfällen bzw. von Mengenengpässen besteht laut Situationsanalyse insbesondere wegen folgender Sachverhalte:

- Der Ausbau des technischen Leitungsverbundes ist unvollständig. Die laut WRM-Leitungsverbundstudie notwendigen Maßnahmen konnten im Wesentlichen aufgrund unklarer Finanzierungsgrundlagen nur eingeschränkt umgesetzt werden.
- Regional bedeutsame Wasserressourcen stehen nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung. Für wesentliche verbundrelevante Gewinnungsanlagen im Hessischen Ried fehlen seit Jahren beantragte, langfristige Wasserrechte. Erteilte Wasserrechte sind unter naturräumlichen Gesichtspunkten mit Auflagen belegt, die zu erheblichen Nutzungseinschränkungen führen können.

Daher kann der künftige Wasserbedarf über das regionale Leitungsverbundsystem und das etablierte regionale Beschaffungsmanagement der Versorgungsunternehmen nur abgedeckt werden, wenn die noch erforderlichen technischen Infrastrukturprojekte zum Ausbau des Leitungsverbundes umgesetzt und die Verfügbarkeit der erforderlichen Wasserressourcen gewährleistet werden.

In den an den Leitungsverbund Rhein-Main angeschlossenen Bereichen sind die Versorgungsräume unterschiedlich stark durch vorhandene oder erwartete Versorgungseinschränkungen betroffen. Auf Ebene der lokalen Wasserversorgungsunternehmen sind dies kurz- bis mittelfristig insbesondere Maßnahmen zur Erhaltung und Optimierung vorhandener lokaler Verbund- und Verteilungsstrukturen bzw. ihre Anpassung an zukünftige Anforderungen. Dies betrifft beispielsweise die Wasserbeschaffungsverbände (WBV) Rheingau-Taunus, WBV Taunus, WBV Hofheim und die Kreiswerke Main-Kinzig GmbH.

Im Kerngebiet des Ballungsraums weisen der Be-

ARBEITSGEMEINSCHAFT WASSERVERSORGUNG RHEIN-MAIN

Die Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM) wurde 1978 auf Veranlassung der Hessischen Landesregierung gegründet. Sie ist ein gemeinsames Fachforum der wichtigsten regionalen Wasserversorger und der verantwortlichen Landesbehörden und Verbände. Satzungsgemäßes Ziel ist, in freiwilliger Kooperation die Versorgung des Rhein-Main-Gebietes mit Trink- und Brauchwasser auf der Basis einer nachhaltigen integrierten Ressourcenbewirtschaftung sicherzustellen und den aktuellen Bedürfnissen anzupassen. Dazu hat die WRM Arbeitskreise wie „Wasserbilanz Rhein-Main“, „Leitungsverbund“ und „Nachhaltigkeit“ etabliert, die Fachberichte oder Fachstellungnahmen erarbeiten.

sichere Trinkwasserversorgung

reich Frankfurt/Vordertaunus und die Region Wiesbaden in Trockenjahren und Ausfallsituationen Einschränkungen der Versorgungssicherheit auf, die sich indirekt negativ auf die Bereiche Main-Kinzig und Hintertaunus auswirken können. Um die Versorgungssicherheit im Leitungsverbund Rhein-Main zu erhalten und zu verbessern, müssen folgende Maßnahmen vorrangig und schnellstmöglich umgesetzt werden:

- Bau einer zweiten Riedleitung
- Schaffung einer Leitungsverbindung zwischen den Bereichen Mainz und Wiesbaden
- Anbindung des Zweckverbands Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) an die OVAG
- Sicherung der erforderlichen Fördermengen der verbundrelevanten Wasserwerke durch entsprechend ausgestaltete langfristige Wasserrechte
- Erhalt und Optimierung der Anlagen des Wasserverbands Hessisches Ried (WHR) zur Grundwasseranreicherung (Infiltration) in Verbindung mit der Wassergewinnung der Hessenwasser und des WBV Riedgruppe Ost
- Vorhaltung der erforderlichen Wassergewinnungs-, Aufbereitungs- und Transportkapazitäten im Leitungsverbund für die Abdeckung des Mehrbedarfs in Trockenjahren und zum Ausgleich von Ausfallrisiken
- Vorhaltung der Leitungs- und Speicherkapazitäten in den lokalen Verteilungssystemen zur Abdeckung kurzzeitiger Spitzenbedarfs- und Ausfallsituationen

Schlussfolgerungen

Die kurz- bis mittelfristige Umsetzung dieser Maßnahmen durch die Wasserversorgungsunternehmen bzw. die Kommunen ist nur möglich, wenn in den Wasserrechts- und Genehmigungsverfahren alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Die Genehmigungsbehörden und die Landes- bzw. Regionalpolitik müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen einschließlich gesicherter Finanzierungsgrundlage schaffen.

Die Notwendigkeit der Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge und der gesetzlich verankerte Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor allen anderen Nutzungen des Grundwassers sind hierfür gegebene Randbedingungen. Nur durch einen Konsens mit dieser Zielsetzung und entsprechend gemeinsames Handeln ist eine dauerhafte Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu erreichen. Erfolgt die Umsetzung der Maßnahmen nicht rechtzeitig, muss mit signifikanten Versorgungsdefiziten und Teilausfällen bei der überregionalen Wasserbeschaffung und -verteilung gerechnet werden. Dies würde vorhersagbar zu Einschränkungen der Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Rhein-Main führen. Daher ist auch das Land bei der Lösung dieser Aufgabe in der Verantwortung. Die Wasserversorgung der Metropolregion Rhein-Main bedarf gemeinsamer, abgestimmter Konzepte aller Beteiligten. Dies betrifft neben den wasserwirtschaftlichen und naturräumlichen Fragen auch institutionelle und organisatorische Aspekte sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. □

Werner Herber, Geschäftsführung WRM,
Dr.-Ing. Ulrich Roth,
beratender Ingenieur, fachliche Bearbeitung

INFO

Die Langfassung der „Situationsanalyse zur Wasserversorgung in der Rhein-Main-Region“ (96 Seiten, 1 Karte) kann kostenlos per Postversand bei der WRM-Geschäftsführung angefordert werden:
Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM)
Geschäftsführung, z. Hd. Frau Lisa Buchmann
Taunusstraße 100, 64521 Groß-Gerau
lisa.buchmann@hessenwasser

Informationen zur Wasserversorgung in der Region Rhein-Main/Südhessen finden Sie auch auf der Website des Regierungspräsidiums Darmstadt (www.rp-darmstadt.hessen.de).
Der Flyer „Die Trinkwasserversorgung im Regierungsbezirk Darmstadt“ steht als Download bereit unter Umwelt & Verbraucher –> Gewässer- und Bodenschutz –>Grundw./Wasserversorgung oder hier via QR-Code

Im WRM-Arbeitskreis „Wasserbilanz“ sind regelmäßig Vertreter folgender Institutionen und Unternehmen beteiligt:
– Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
– Regierungspräsidium Darmstadt
– Regierungspräsidium Gießen
– Regionalverband FrankfurtRheinMain (Frankfurt am Main)
– Hessenwasser GmbH & Co. KG (Groß-Gerau)
– OVAG (Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg)
– Stadtwerke Mainz AG
– Wasserbeschaffungsverband Rheingau-Taunus (Wiesbaden)
– Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost (Einhausen)
– Wasserverband Hessisches Ried (WHR, Biebesheim/Groß-Gerau)
– ZWO (Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Rodgau)

Wasserqualität hat höchste Priorität

Andreas Niedermaier, Vorstand der HSE AG und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Hessenwasser, zu den Konsequenzen der Preissenkung zum Jahreswechsel und zur Zukunft der südhessischen Trinkwasserversorgung.

I/O: Herr Niedermaier als Vorstand der HSE sind Sie verantwortlich für das Personal und für den Bereich Infrastruktur, in dem sich auch die Sparte Wasser wiederfindet. Trinken Sie lieber Trinkwasser oder Mineralwasser?
Niedermaier: Ich trinke unser Trinkwasser sehr gerne – zu Hause und auch im Büro. In unserem Verwaltungsgebäude steht in jedem Stockwerk ein Trinkwassersprudler, der von mir täglich genutzt wird.

I/O: Unlängst hat sich die HSE mit Hessens Kartellbehörde auf ein Absenken der Trinkwasserpreise um 20 Prozent zum 1. Januar 2014 verständigt. Damit wurde ein mehrjähriges Verfahren außergerichtlich beendet. Was bedeutet dies für die HSE?
Niedermaier: Bereits 1999 haben wir in Einvernehmen mit der hessischen Kartellbehörde die Preise um zehn Prozent gesenkt und 14 Jahre lang stabil gehalten, obwohl in der Zwischenzeit die Kosten um über 20 Prozent gestiegen sind. Dies war nur mit erheblichen Effizienzsteigerungen und unter Verzicht auf eine angemessene Verzinsung des in der Wasserversorgung gebundenen Kapitals möglich. Die jetzt vereinbarte Preissenkung trifft uns hart und wird negative Auswirkungen auf das Unternehmen haben. Wir haben ihr zugestimmt, um das langjährige Verfahren zu beenden, einen teuren Rechtsstreit zu vermeiden und endlich Planungssicherheit zu bekommen.

I/O: Manche Unternehmen haben sich dem Zugriff der Kartellbehörde durch eine Rekommunalisierung der Wassersparte entzogen. Auch die HSE hatte dies erwogen. Ist diese Überlegung nun vom Tisch?
Niedermaier: Tatsächlich haben wir diese Option in Erwägung gezogen, da seitens der Kartellbehörde eine Absenkung des Trinkwasserpreises um 39 Prozent im Raum gestanden hatte. Damit wäre für uns eine Trinkwasserversorgung in Südhessen wirtschaftlich nicht mehr möglich gewesen. Mit der jetzt erzielten Einigung ist eine Rekommunalisierung in Darmstadt erst einmal vom Tisch.

I/O: In den Medien wird zunehmend der marode Zustand der öffentlichen Infrastruktur thematisiert. Neben den Verkehrswegen sind Wasser- und Abwassernetz im Fokus. Wie beurteilen Sie die Situation bei uns in Südhessen?
Niedermaier: Noch ist die Infrastruktur der Wasserversorgung in Südhessen in einem sehr guten Zustand, und wir setzen alles daran, damit es so bleibt. Insbesondere die Sicherstellung der hohen Wasserqualität hat für uns höchste Priorität. Aufgrund der auferlegten finanziellen Restriktionen müssen wir jedoch unser Investitionsverhalten und unsere Wartungspraxis auf den Prüfstand stellen.

I/O: Vor der Gründung der Hessenwasser bestritt die HSE (damals Südhessische Gas und Wasser) ganz wesentlich die Diskussionen um die Grundwasserbewirtschaftung im Hessischen Ried. Die Interessenkonflikte bestehen bis heute und ha-

VITA

Andreas Niedermaier ist seit Oktober 2010 Vorstand für Personal und Infrastruktur bei der HSE AG. Davor war der gelernte Meister für Heizungs- und Lüftungsbau über 13 Jahre als Betriebsrat aktiv, zuletzt von 2007 bis 2010 als Konzernbetriebsratsvorsitzender. Der 49-jährige Vater von zwei Kindern arbeitet seit über drei Jahrzehnten im Unternehmen. In seinem Verantwortungsbereich liegen neben dem Geschäftsfeld Trinkwasserversorgung die Bereiche Personal, Einkauf, Immobilien, Abwasserreinigung, Abfallentsorgung und Wärme.
Die HSE AG zählt mit rund 2.600 Mitarbeitern zu den großen regionalen Energie- und Infrastrukturdienstleistern in Deutschland. Die HSE AG und ihre Tochtergesellschaft ENTEGA versorgen in zehn südhessischen Städten und Gemeinden rund 250.000 Menschen mit Trinkwasser. 2012 betrug der Trinkwasserabsatz 13,9 Mio. m³. Die HSE ist zu 27,3 % an der Hessenwasser GmbH & Co. KG beteiligt; Niedermaier ist seit dem 1. Januar 2013 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Hessenwasser.

ben unter anderem Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Wasserrechte. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Niedermaier: Bei der Grundwasserbewirtschaftung im dicht besiedelten Hessischen Ried müssen die Belange der Forst- und Landwirtschaft, des Umwelt- und Naturschutzes, der Anwohner und der Trinkwassergewinnung berücksichtigt werden. Ein Ausgleich der verschiedenen Interessen ist nicht immer leicht. Ich glaube aber, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, alle Belange zu berücksichtigen und ein gutes Ergebnis zu erzielen.

Die Bündelung des wasserwirtschaftlichen Know-hows in der Hessenwasser war die richtige Entscheidung, um die Belange der Trinkwasserversorgung im Rhein-Main-Gebiet wirksam zu vertreten. Dies gilt vor allem für die Sicherung der Wasserrechte und der Grundwasserqualität durch ein professionelles Grundwassermanagement. Unsere damaligen Ziele haben wir zweifellos erreicht: So wurde für die Wasserrechtsverfahren ein regionaler Wasserbedarfsnachweis entwickelt, der nicht nur die versorgungstechnischen Belange zugrunde legt, sondern auch die Interessen des Naturschutzes berücksichtigt. Daneben gibt es seit 1999 den Grundwasserbewirtschaftungsplan Hessisches Ried mit strengen ökologischen Vorgaben zur Grundwasserentnahme.

Allerdings enttäuscht die Ausgestaltung des aktuellen Wasserrechtsbescheids für das Wasserwerk Eschollbrücken durch das Regierungspräsidium Darmstadt. Darin sind die über den Bestand hinaus beantragten Mengen mit so hohen naturschutzrechtlichen und forstwirtschaftlichen Auflagen belegt, dass sie kaum ausgeschöpft werden können. Gerade beim Thema Wasserrechte sehe ich noch Optimierungspotenzial.

I/O: Hauptgeschäftsfeld der HSE ist ja die Energieversorgung – ein Gebiet, auf dem sich die HSE als Nachhaltigkeitskonzern positioniert hat. Wo sehen sie die HSE in zehn Jahren? Hat sie dann noch ein Geschäftsfeld Wasser?

Niedermaier: Wenn es nach uns geht, eindeutig ja. Die Trinkwasserversorgung ist eine wesentliche Komponente der Daseinsvorsorge, genauso wie die Strom- und Gasversorgung. Die Weiterführung setzt aber voraus, dass uns mittelfristig wieder kostendeckende Entgelte ermöglicht werden. So zahlt ein durchschnittlicher Haushalt in unserem Versorgungsgebiet circa einen Euro pro Tag für Trinkwasser – ich persönlich halte dies für vertretbar. Es kann nicht sein, dass der Wasserpreis immer weiter abgesenkt wird, wenn zugleich die Kosten für Dienstleistungen, Betriebsmittel und Löhne steigen. Und wenn die Wirtschaftlichkeit nicht mehr stimmt, können wir eine hochwertige und nachhaltige Trinkwasserversorgung nicht garantieren. Das wäre der Punkt, wo wir aus diesem Geschäftsfeld aussteigen bzw. mit den von uns mit Trinkwasser versorgten Kommunen alternative Ausgestaltungen überlegen müssten. Ich wünsche mir, dass in zehn Jahren bei der Einschätzung der Wasserpreise auch die Aspekte eine Rolle spielen, die eine gesunde Infrastruktur auszeichnen. □

Nichts ist wie es scheint

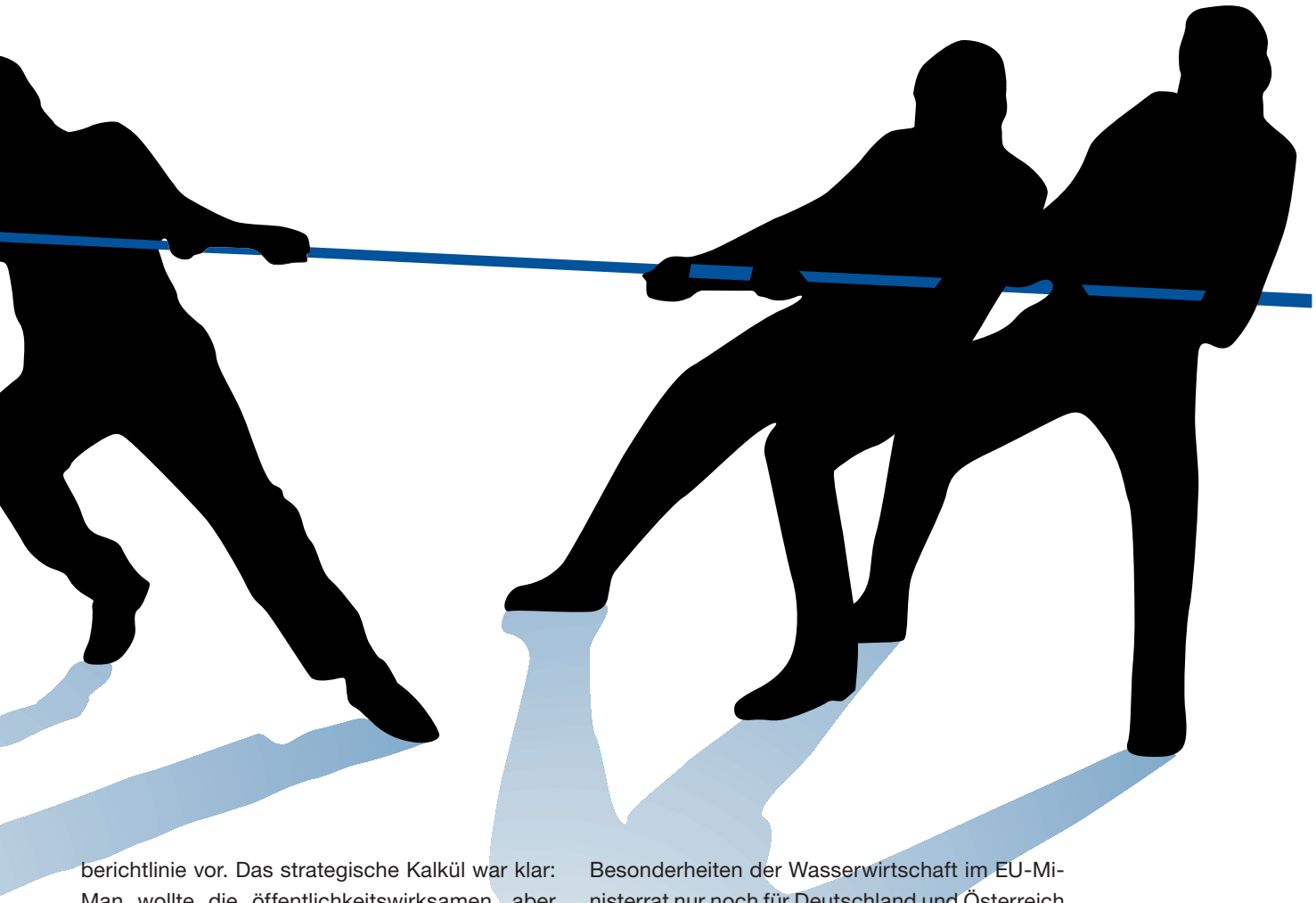
Akteure und Strategien zur Konzessionsvergaberichtlinie und der Bereichsausnahme Wasser – Wulf Abke, Vizepräsident Wasser/Abwasser des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und Geschäftsführer der Hessenwasser, wirft einen Blick hinter die politischen Kulissen.

Als am Freitagmorgen, dem 21. Juni 2013, die ersten Meldungen eintrafen, Binnenmarktkommissar Barnier empfehle der EU-Kommission, eine Bereichsausnahme Wasser für die Konzessionsvergaberichtlinie zu verabschieden, mischten sich in vielen Reaktionen Erleichterung und Ungläubigkeit. Noch im Ohr die heftigen Diskussionen mit Vertretern der EU-Kommission über Sinn und Unsinn der Konzessionsvergaberichtlinie, überwog erst einmal die Freude über den Sinneswandel in Brüssel. Es dauerte eine Weile, bis sich die Branche für die Ursache von Barniers Umkehrstrategie interessierte. Und in der Tat: Nicht das Offensichtliche war ursächlich für den Rückzieher der Kommission, sondern die Tatsache, dass die EU-Kommission im Laufe des Trilogverfahrens den strategischen Überblick verloren und sich selbst in die Ecke manövriert hatte. Hieran hatte die vom BDEW verfolgte Strategie des „flexible response“ einen wichtigen Anteil, nämlich einerseits auf die Notwendigkeit eines Ausnahmebereichs Wasser hinzuweisen, andererseits zu verdeutlichen, welche Änderungen in der Richtlinie erforderlich wären, um die Wasserversorgungsstruktur insbesondere in Deutschland zu erhalten.

Wenn man den „Weg“ der Konzessionsvergaberichtlinie rekonstruiert, offenbart sich ein Politikthriller, dessen erste Folge zwar abgeschlossen, dessen Drehbuch aber noch nicht beendet ist.

Gegner strategisch ins Abseits stellen

Am Anfang stand eine gemeinsame Entschließung des Europäischen Parlaments, die eine vollständige Ablehnung einer Konzessionsvergaberichtlinie und erst recht die Ausnahme der Wasserwirtschaft von einem eventuellen Anwendungsbereich gefordert hatte. Diese hatte der BDEW mit einem entsprechenden Gutachten unterstützt. Schwerpunkt war der Erhalt der Organisationsfreiheit der Kommunen für die Wasserversorgung. Trotz der großen öffentlichen Diskussion ließ sich die EU-Kommission aber nicht von ihrem Vorhaben abbringen und legte am 20. Dezember 2011 mit dem Legislativpaket zur Modernisierung des Vergaberechts auch einen Vorschlag für eine eigenständige Konzessionsverga-



berichtlinie vor. Das strategische Kalkül war klar: Man wollte die öffentlichkeitswirksamen, aber „nach Stimmen“ voraussichtlich unterlegenen Gegner der neuen Vergaberichtlinie zu Konzessionen im EU-Ministerrat sowie im Europäischen Parlament in eine Minderheitsposition setzen, um dann – je nach Situation und Widerstand – die Richtlinie mit einigen wenigen Zugeständnissen auf den Weg zu bringen.

Und zunächst schien die Strategie aufzugehen. Sowohl im Ministerrat als auch im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments bröckelten die Mehrheiten für eine „Alles-oder-nichts-Strategie“, die auf eine Komplettablehnung der Richtlinie oder mindestens die Ausnahme der Wasserwirtschaft aus dem Anwendungsbereich abzielte. Im Europäischen Parlament ging ein Meinungsriss quer über alle Länder und die Mehrzahl der Parteien hinweg. Man wollte die Besonderheiten der Wasserwirtschaft berücksichtigen, aber gleichzeitig auch Vorgaben zur Transparenz und Diskriminierungsfreiheit, die aus dem EU-Primärrecht abgeleitet werden, in der neuen Richtlinie verankert sehen. Andere sahen die Notwendigkeit einer Richtlinie, um sich nicht von der EuGH-Rechtsprechung gestalten zu lassen. Das Problem war nur, sie wussten nicht wie. Zudem sprach sich der französische Berichterstatter Juvin im Binnenmarktausschuss eindeutig für eine Richtlinie und gegen eine Bereichsausnahme Wasser aus. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Besonderheiten der Wasserwirtschaft im EU-Ministerrat nur noch für Deutschland und Österreich eine Rolle spielten, wobei die Bundesregierung insbesondere eine „schlanke Richtlinie“ im Blick hatte und nicht die Bereichsausnahme. Allerdings sagte Deutschland eine umfassende Unterstützung eines Regelungsvorschlags „unterhalb einer Bereichsausnahme“ zu.

Europäische Kommission

Die Kommission legte trotz der Ablehnung durch das Parlament den Entwurf einer Richtlinie vor. «

Parallel wurde durch zahlreiche Praxisbeispiele des BDEW verdeutlicht, dass es zu einer Zerschlagung kommunaler Unternehmen in Deutschland und Österreich kommen würde, gäbe es keine subs- »

© scusi - fotolia.com; © Europäische Kommission

tantiellen Änderungen an der Richtlinie. Diese Argumentation führte zur Nachdenklichkeit vieler Europaabgeordneter, die nach Wegen suchten, die deutsche Situation in der Richtlinie abzubilden. Schlagworte waren hier Erhalt der Wasserversorgung im Querverbund und Anwendung von Ausnahmemöglichkeiten bei privaten Minderheitsbeteiligungen. Denn auch die Unterstützer der Richtlinie in Brüssel hätten in ihren Wahlkreisen nicht erklären können, dass kommunale Unternehmen ihre Wasserkonzessionen möglicherweise verlieren würden, auch wenn sie zu 100 Prozent in öffentlicher Hand sind. Letztendlich begann damit die Argumentation im Sinne eines „flexible response".

Änderungen in letzter Minute

Die Verabschiedung der Richtlinie im Binnenmarktausschuss konnte damit nicht gestoppt werden, aber es gab zahlreiche Änderungsanträge, die wiederum die Kommission aufforderten, Vorschläge zu machen, um beispielsweise den kommunalen Querverbund in Deutschland nicht zerstören zu müssen. Noch in der entscheidenden Sitzung des Binnenmarktausschusses im Januar 2013 wurden – quasi in letzter Minute – Änderungsanträge mündlich eingebracht und verabschiedet, die den Anstoß für eine erneute Diskussion mit der EU-Kommission auf Initiative der deutschen Abgeordneten brachten. Die Folge: ein montagabendlicher Diskurs der deutschen Verbände mit allen Entscheidern der EU-Kommission über mögliche Kompromissformulierungen. Überraschenderweise stand am Ende ein Ergebnis: Querverbundunternehmen sollten nur die Wasserversorgung in den vergaberelevanten Umsatz einbeziehen müssen und eine Trennung der Wassersparte sollte lediglich über die Rechnungslegung erfolgen – unter diesen Voraussetzungen sollte eine Ausnahme von den Vorgaben der neuen Richtlinie möglich sein. In der gleichen Woche veröffentlichte Kommissar Barnier diesen Vorschlag im Rahmen einer Rede im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments und erntete breite Zustimmung der Abgeordneten. Dabei stand er auch unter dem Eindruck der Europäischen Bürgerinitiative „right2water", die immer größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit entfaltete.
Allerdings musste dieser Vorschlag noch in einen Richtlinientext gegossen werden. Gleichzeitig fehlten Konkretisierungen zur Ausnahme der Zweckverbände und eine Klarstellung, dass zum Beispiel Regie- und Eigenbetriebe nicht der Konzessionsvergaberichtlinie unterliegen.

Verhandlungen führen zu Ausnahmepaket

Trotz der Verhandlungsbereitschaft der Kommission war die Ausgangslage eindeutig: Europäisches Parlament und EU-Ministerrat hatten sich formal für eine Richtlinie entschieden. Auch in Deutschland bestätigte die Bundesregierung die Verhandlungslinie: Richtlinie ja, aber mit Besonderheiten für die Wasserwirtschaft. Weitere Ausnahmen konnten damit nur noch über Detailverhandlungen erreicht werden. Hierzu zeigte Barnier grundsätzlich seine Bereitschaft und führte in Berlin Sondierungsgespräche. Bis zum Beginn des Trilogverfahrens zwischen EU-Ministerrat, EU-Kommission und Europäischem Parlament öffnete sich nun ein Zeitfenster von wenigen Wochen, um eine Einigung über Korrekturen an der Richtlinie zu erreichen. Im Ergebnis führte dies zu Detailverhandlungen des BDEW mit der EU-Kommission, die direkt von zahlreichen kommunalen Unternehmen und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di unterstützt wurden. Ziel war es nicht, Positionen der Wasserwirtschaft „zu räumen", sondern in der Richtlinie die Ausnahme der Wasserwirtschaft von der Konzessionsvergaberichtlinie zu gestalten. „Drin, aber doch draußen" war die Denkrichtung. Nach zähen und wochenlangen Verhandlungen mit der EU-Kommission stand am Ende ein Kompromiss über ein in sich geschlossenes „BDEW-Wasserausnahmepaket", das folgende Punkte umfasste:

- Eigen- und Regiebetriebe sind Teil der öffentlichen Verwaltung, eine Durchführung der Wasserversorgung durch sie löst deshalb grundsätzlich keine Vergabepflicht aus;
- Zweckverbände als Träger der Wasserversorgung fallen nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie, wenn sie aufgrund von Verwaltungsorganisationsentscheidungen die Aufgabe vollständig übernehmen (delegierende Aufgabenübertragung);
- Inhouse-Privileg: Erleichterungen bei der Vergabe an kommunale Wasserversorger, die beispielsweise als GmbH oder Anstalt des öffentlichen Rechts ohne Beteiligung Privater organisiert sind;
- neue spezielle Ausnahmevorschrift für die Vergabe von Konzessionen zur Trinkwasserversorgung: Kommunal beherrschte Ein- und Mehrspartenunternehmen wie beispielsweise „Stadtwerke" – auch mit privater Beteiligung – können sich grundsätzlich auf diese Ausnahme berufen. Bei der Betrachtung des Umsatzes ist allein der Umsatz in der Sparte Wasserversorgung maßgeblich. Zudem ist das Erreichen einer Umsatzschwelle von mindestens 80 Prozent maßgeblich. Auch Wasserlieferungen in andere benachbarte Kommunen werden dabei einbezogen. Bei Mehrspartenunternehmen ist Vor-

aussetzung die buchhalterische Trennung der Sparte Wasserversorgung von den übrigen Sparten; die neue Ausnahmevorschrift ist grundsätzlich auch auf die Konzessionsvergabe durch mehrere Kommunen an einen Wasserversorger anwendbar;
- ausschreibungsfreie interkommunale Zusammenarbeit: Erleichterung bei der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung;
- Wasserlieferungsverträge unterliegen nicht der Konzessionsvergaberichtlinie.

Im nächsten Schritt musste ein Einvernehmen mit dem Berichterstatter Juvin hergestellt werden, den neu erarbeiteten Vorschlag aufzugreifen und als Verhandlungsvorschlag in den Rechtsetzungsprozess einzuführen. So gelangte das BDEW-Wasserausnahmepaket auch in den EU-Ministerrat, in dem es mit Unterstützung der irischen Ratspräsidentschaft und Deutschlands verabschiedet werden konnte.

Widerstand aus Frankreich

Allerdings baute sich hier erstmals Widerstand der französischen Seite gegen das BDEW-Wasserausnahmepaket auf: So sollten alle ausgehandelten Regelungen nur noch für Vertragspartner zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie bereits bestehender Konzessionsverträge Gültigkeit besitzen (sogenanntes „grandfathering“). Übrig blieb nach intensiven Verhandlungen, insbesondere unter Beteiligung der Bundesregierung, jedoch nur die Feststellung, dass die Kommission einen Bericht zur Konzessionsvergaberichtlinie vorlegen solle. Durch diese Diskussion in Frankreich forderte nun plötzlich der französische Berichterstatter Juvin eine Woche vor der entscheidenden Verhandlungsrunde die Kommission auf, eine Rechtsbewertung zu dem Vorschlag abzugeben, den er selbst in den Prozess eingebracht hatte! Und die Analyse der Juristen „hatte es in sich“: Sie bestätigte im Grundsatz, dass das BDEW-Wasserausnahmepaket noch weitergehendere Ausnahmemöglichkeiten schaffen würde, als es die EuGH-Rechtsprechung auf Grundlage der aktuellen Rechtslage ohne Konzessionsvergaberichtlinie ermöglicht.

Französische Vertreter ziehen Notbremse

Jetzt zog Juvin in der entscheidenden Verhandlungsrunde Donnerstagabend die Notbremse und forderte seinerseits das von Frankreich eingebrachte „grandfathering“. Auf der anderen Seite stand jedoch der Ministerrat, der nicht bereit war, seine Beschlussfassung vom Mittwoch der gleichen Woche zu revidieren, die ja auf einer Empfehlung von Juvin basierte und von der EU-Kommission im Vorfeld abgesegnet war. Der Prozess um die EU-Konzessionsvergaberichtlinie hatte sich selbst in eine Sackgasse geführt und drohte insgesamt zu scheitern. Niemand wollte sich auch nur einen Schritt bewegen. Das Verfahren drohte mit dem bevorstehenden Übergang auf die litauische Ratspräsidentschaft „zeitlich aus dem Ruder zu laufen“. Um einen weiteren Gesichtsverlust zu vermeiden, gab es letztendlich nur einen Ausweg: Kommissar Barnier zog das Wasserausnahmepaket zurück und erklärte am Freitagmorgen die Ausnahme der Wasserwirtschaft vom Anwendungsbereich der Konzessionsvergaberichtlinie. Die Interessensgegensätze zu Frankreich und das BDEW-Wasserausnahmepaket hatten am Ende die Ausnahme erzwungen. Doch das Drehbuch zur Konzessionsvergaberichtlinie ist noch nicht zu Ende geschrieben. In fünf Jahren wird die EU-Kommission mit einem Bericht zur Umsetzung vermutlich einen neuen Anlauf versuchen. Der BDEW wird, unterstützt von ver.di, jetzt schon Pflöcke einschlagen und im Rahmen des Europäischen Bürgerbegehrens einen Verzicht auf weitere Maßnahmen einfordern. Auch darf sich durch die angelaufenen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen der EU mit den USA kein Veränderungsdruck für bestehende Rahmenbedingungen der öffentlichen Auftragsvergabe, des Umweltschutz- und Gesundheitsniveaus sowie der Handlungsfreiheit der Kommunen ergeben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich jedoch resümieren, dass die gewählte Strategie des BDEW erfolgreich war. Nutznießer der Bereichsausnahme sind die Kommunen, die Versorgungsunternehmen und insbesondere die Bürger, die durch die Unterschriftenaktion einen wesentlichen Beitrag zu diesem Erfolg geleistet haben. □

Nutznießer der Bereichsausnahme Wasser sind die Kommunen, die Versorgungsunternehmen und insbesondere die Bürger.

Wulf Abke

Erschienen in gwf-Wasser Abwasser (DIV Deutscher Industrieverlag, München), Ausgabe Oktober 2013, Seite 1082 ff.

Partnerschaft mit Wachstumspotenzial

Gemeinde Liederbach mit dem Taunusgebirge im Hintergrund, mit dem Großen Feldberg und dem Altkönig. Gut zu erkennen ist die sogenannte „Grüne Mitte“ als Freiraum zwischen den ehemaligen Gemeinden, links Niederhofheim und rechts Oberliederbach. Die Ortsteile sind durch die Siedlungsflächen im Süden und Norden zusammengewachsen.

Mit ihrer Gründung hat Hessenwasser in Fortführung zum Teil jahrzehntelanger Lieferbeziehungen auch die Trinkwasserbereitstellung für kommunale Kunden im Umland von Frankfurt am Main übernommen. Dazu gehört auch Liederbach am Taunus, eine der kleineren Gemeinden im Main-Taunus-Kreis.

Für Liederbachs Bürgermeisterin **Eva Söllner** ist Wasser nicht einfach eine Ware.

Liederbach ist 1971 aus dem Zusammenschluss der Gemeinden Niederhofheim und Oberliederbach entstanden. Damals lebten dort etwa 5.000 Menschen, heute sind es circa 9.000. Das stetige Wachstum spiegelt die Attraktivität der Lage wider: Eine zeitgemäße Infrastruktur für alle Altersgruppen und eine gute Anbindung an die großen Städte Frankfurt am Main, Wiesbaden und Mainz zählen zu den Pluspunkten des Wohnortes. Essenziell für eine gute Wohnqualität ist auch eine zuverlässige Wasserversorgung. „Die Bürger erwarten mit Recht, dass sie immer Zugang zu einwandfreiem, wohlschmeckendem Trinkwasser haben“, sagt Eva Söllner. Sie ist seit fünf Jahren Bürgermeisterin von Liederbach.

Die Gemeinde setzt zum Teil auf Eigenversorgung und hat drei Tiefbrunnen. Einer davon wird von der Coca-Cola Erfrischungsgetränke AG (Verkaufsgebiet Südwest) betrieben, die hier ihren Hauptsitz hat. Söllner: „Wir sind stolz auf unsere Brunnen. Allerdings decken sie mittlerweile nur etwa die Hälfte unseres Jahresbedarfs.“ Die Eigengewinnung schwankt zwischen 200.000 und 300.000 m³, den Rest des Trinkwasserbedarfs der Kommune stellt Hessenwasser über den regionalen Leitungsverbund bereit.

Sicher versorgt im Verbund

Liederbach hatte 1974 einen Versorgungsvertrag mit den Stadtwerken Frankfurt am Main (dann Mainova AG) geschlossen, bevor die Gemeinde im Jahr 2001 Partner der Hessenwasser wurde. Übergabepunkt ist Liederbachs Gemeindegrenze zu Frankfurt am Main. Dort befindet sich eine Druckerhöhungsanlage (DEA). Die Verteilung erfolgt über zwei Hochbehälter als Zwischenspeicher mit einem Speichervolumen von 900 bzw. 2.500 m³.

Die Menge des von Hessenwasser in den Hochbehälter eingespeisten Wassers ist nicht allein durch den Trinkwasserbedarf bestimmt. Durch die Mischung mit „Hessenwasser“ wird auch die

Wasserhärte des Wassers aus den Tiefbrunnen etwas abgesenkt. Denn so sehr die Liederbacher ihr mineralstoffreiches Wasser mit seinem intensiven Geschmack auch schätzen, hat es auch einen ziemlich hohen Kalkgehalt. Die Anbindung an das Netz der Hessenwasser bedeutet aber vor allem ein hohes Maß an Versorgungsicherheit, sowohl mengenmäßig als auch versorgungstechnisch, wie Bauamtsleiter Roland Fuchs betont.
Erst kürzlich hatte Hessenwasser gemeinsam mit den für die Wasserversorgung zuständigen Mitarbeitern des Bauamts die DEA bezüglich ihrer Sicherheit überprüft und ein Szenario für einen länger anhaltenden Stromausfall durchgespielt. Um die Wasserversorgung auch in derart kritischen Situationen aufrechtzuerhalten, hält die Gemeinde Notstromaggregate vor.

Wasser ist kein Handelsgut

Bürgermeisterin Söllner sieht in Hessenwasser mehr als nur einen Lieferanten: „Wasser darf nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden, es ist keine Ware, sondern ein Gemeingut“, betont sie. Damit dieser Standpunkt in der Öffentlichkeit Gehör findet, organisieren die Partner gemeinsame Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen, beispielsweise zu der neuen Trinkwasserverordnung. Auch über die Vorteile der modernen Funk-Wasserzähler galt es die Bürger zu informieren. In den letzten Monaten wurden bereits 500 solcher Zähler installiert, das entspricht beinahe einem Drittel der Liederbacher Haushalte. Die hohe Akzeptanz spricht dafür, dass die Liederbacher Bürger Innovationen im Infrastrukturbereich gegenüber aufgeschlossen sind. Sie profitieren aber nicht nur von der modernen, bequemen und exakteren Mengenablesung per Funk, auch kostenmäßig ergeben sich für Wasserkunden Vorteile: Die Gebühren können demnächst etwas gesenkt werden.
Weniger Anlass zur Freude sieht Söllner dagegen in den hohen Spülkosten für die öffentlichen Kanäle, die sich auf 15.000 Euro pro Jahr belaufen. Hartnäckig hält sich das Gerücht, man müsse um jeden Preis Wasser sparen. Die verminderten Transportvolumina begünstigen jedoch das Verschlammen der Abwasserkanäle – das Wassersparen wird zum Nachteil für die Allgemeinheit. „Verantwortungsvoller Umgang mit Wasser ist richtig, aber hierzulande noch mehr zu sparen, hilft den Menschen in wasserarmen Regionen nicht“, sagt die Bürgermeisterin.
Auch im Portemonnaie der Bundesbürger verkehrt sich der Wille zum Sparen ins Gegenteil, denn die hohen Spülkosten schlagen sich letztendlich auf die Abwassergebühren nieder. Aus ökonomischer und ökologischer Sicht sei vielmehr angewandter Gewässerschutz zweckdienlich: „Das heißt zum Beispiel, Medikamente nicht in der Toilette zu entsorgen. Diese Spurenstoffe gelangen irgendwann ins Grundwasser und müssten dann mit großem technischen Aufwand bei der Trinkwassergewinnung wieder herausgefiltert werden.“

Überprüfung der Abwasserkanäle

Überhaupt hält das Thema Abwasser die Liederbacher auf Trab, denn die öffentlichen und privaten Abwasserkanäle müssen auf Dichtigkeit geprüft werden. Jede Leckage bedeutet das Eindringen von Abwasser in das Erdreich und damit potenzielle Verunreinigung des Grundwassers. Um Eigentümern die Kanalinspektion möglichst einfach zu machen und die Kosten gering zu halten, hat die Gemeinde in Anlehnung an das sogenannte Kasseler Modell ein „Liederbacher Modell“ entwickelt. Es sieht eine koordinierte Inspektion, Beratung und eventuelle Sanierung aus einer Hand vor. Die Kosten übernimmt zwar der Eigentümer, aber „mit diesem Modell kann der Hauseigentümer viel Geld sparen“, erläutert Fuchs. „Gebündelte Aktivitäten sind immer billiger als Maßnahmen auf individuelle Veranlassung.“ Um auch die Betroffenen davon zu überzeugen, ging den Kanalbefahrungen durch Kamera-Roboter eine Informationskampagne voraus.
Der solidarische Grundgedanke ist charakteristisch für eine Kommune dieser Größenordnung und kommt auch bei der Wasserversorgung zum Tragen. Das Wasserwerk ist direkt an den Bauhof angegliedert: „Das Wasserwerk wird von zwei Mitarbeitern betreut und wird als Regiebetrieb durch das Gemeindebauamt verwaltet. Das erlaubt uns eine ganzheitliche Betrachtung“, erläutert die Bürgermeisterin. Die räumliche Verbundenheit schafft Nähe zu den Bürgern. Und die werden immer mehr. Liederbach stehen insgesamt noch 29 Hektar Baufläche zur Verfügung. Die Kommune rechnet deshalb langfristig mit einem Zuwachs von rund 1.500 Einwohnern. „Das würde einen Anstieg des Wasserbedarfs von bis zu 60.000 Kubikmetern bedeuten – und das wiederum einen Ausbau der Geschäftsbeziehungen zu Hessenwasser“, resümiert Fuchs. □

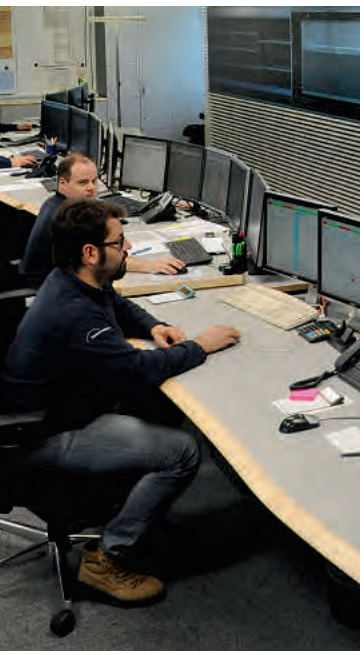
Bürgermeisterin Eva Söllner mit Wasserwerksleiter Rudolf Beckers und Bauamtschef Roland Fuchs (rechts) vor der Aufbereitungsanlage im Tiefbrunnen 2.

Mehr Informationen finden Sie auf der Homepage der Gemeinde www.liederbach.de oder für Smartphone-Nutzer direkt via QR-Code („Liederbach stellt sich vor – ein Film über Liederbach“)

Qualität, auf die Verlass ist

Wasserhahn aufdrehen und genießen – Tag und Nacht steht uns das Lebensmittel Nummer 1 zur Verfügung, hygienisch einwandfrei und wohlschmeckend. Dass sich unsere kommunalen Kunden auf die Qualität ihres „Hessenwassers“ verlassen können, ist nicht zuletzt Dr. Bernhard Post und seinem Team Trinkwassergüte zu verdanken.

Für den promovierten Chemiker Bernhard Post und seine Mitarbeiter ist die Bezeichnung der Organisationseinheit gleichermaßen Auftrag und Programm: Der Leiter des Fachbereichs Trinkwassergüte und seine vier Mitarbeiter kümmern sich darum, dass die vielfältigen Anforderungen der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) und die trinkwassergüterelevanten Teile des technischen Regelwerks in der betrieblichen Praxis umgesetzt und eingehalten werden. Die analytische Datengrundlage für die Überwachung der Trinkwassergüte liefert das Hessenwasser-Zentrallabor.
Der Fachbereich Trinkwassergüte ist organisatorisch angebunden an den Unternehmensbereich Technik. Er bildet eine Schnittstelle zwischen dem Anlagenbetrieb und der analytischen Dienstleistung des Unternehmensbereichs Zentrallabor. Das Labor wird durch den Bereich Trinkwassergüte beauftragt und fungiert damit wie ein unabhängiger Dienstleister. Diese operative Trennung wurde mit der Gründung der Hessenwasser etabliert und hat sich seitdem bewährt: „Diese prozessuale und organisatorische Trennung sorgt dafür, dass an dieser sensiblen Schnittstelle keine Interessenskonflikte bestehen, weder wirtschaftlich noch in der Sache“, wie Post betont. „Das ist eine der Säulen, auf der das stabile Vertrauensverhältnis in der Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern ruht.“ Der Bereich Trinkwassergüte legt gemeinsam mit Labor, Betrieb und Wasserwirtschaft die Anzahl, Häufigkeit und Parameterumfänge für die Untersuchungen des Roh- und Trinkwassers anlagenspezifisch fest und stimmt das Programm mit den Gesundheitsämtern – das sind bei Hessenwasser insgesamt acht an der Zahl – ab.



Im Wasserwerk sind Messgeräte installiert, die wichtige Leitparameter wie den ph-Wert, die elektrische Leitfähigkeit oder das Redoxpotenzial überwachen. Ihre Daten laufen permanent bei der Leitzentrale Hessenwasser (Bild) ein.

Schnelle Kommunikation und transparente Information

Effiziente und schnelle Kommunikation sowie transparente Information sind weitere Grundpfeiler für ein gut funktionierendes Qualitätsmanagement im Zusammenspiel mit den überwachenden Behörden. Die konsequente Einhaltung der Untersuchungs- und Anzeigepflichten gemäß TrinkwV gegenüber den überwachenden Behörden ist dafür nur ein Beispiel. Dies gilt ebenso für die Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern, die auch Kunden sind, mit denen der Bereich die formalen und fachlichen Facetten der Trinkwassergüte kommuniziert.
„Eine eingespielte und vertrauensvolle Kommunikation ist nicht zuletzt für das Risiko- und Krisenmanagement unerlässlich“, erklärt Martina Steinbach, Leiterin des betrieblich-technischen Qualitätsmanagements im Fachbereich. Zu ihren Aufgaben gehört es unter anderem, in Kooperation mit den Gesellschafterkunden die diversen Maßnahmepläne gemäß TrinkwV zu betreuen. In den Maßnahmeplänen ist dezidiert geregelt, was im Falle auffälliger Befunde, Störungen oder gar einer Unterbrechung der Trinkwasserversorgung zu tun ist. Für jedes der acht Ämter, in deren Zuständigkeitsbereich Hessenwasser Trinkwasser bereitstellt, gibt es einen solchen „Krisenplan“. Steinbach: „Die Informationen müssen immer auf dem neusten Stand sein. Das ist sehr arbeitsintensiv, aber unabdingbar für eine schnelle Reaktion im Ernstfall.“

Betriebliches Qualitätsmanagement

Neben der Zusammenarbeit mit den Behörden prägen betriebliche Abläufe ganz wesentlich das Tagesgeschäft. In den letzten Monaten läuft beispielsweise im Wasserwerk Schierstein ein Pumpversuch. Über die neuen Horizontalfilterbrunnen wird Grundwasser gefördert, ohne die Anreicherung durch aufbereitetes Rheinwasser. Der Versuch soll zeigen, wie sich der für die Neukonzeption des Wasserwerks geplante, endgültige Verzicht auf die Rheinwasser-Infiltration auf die Wasserqualität und damit auf die Aufbereitungsanforderungen auswirkt. Die Bewertung der Entwicklung der Rohwasserqualität in

Schierstein erfolgt gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Ressourcenschutz und ist der erste Schritt für die Konzipierung der zukünftigen Aufbereitung. Post: „Auf diese Weise leisten wir Qualitätssicherung im Voraus“, denn künftige Veränderungen der Beschaffenheit des Wassers können sich beispielsweise auf die Härte auswirken und die Mischbarkeit mit Trinkwässern aus anderen Gewinnungsanlagen im Verteilungsgebiet beeinträchtigen; auch dafür stellt die TrinkwV hohe Anforderungen. „Wir prüfen“, erläutert Post, „ob die *Chemie zwischen den Wässern* stimmt.“ Im Rahmen solch gravierender Maßnahmen – ob Versuche oder Wartungsarbeiten – muss oft auf eine temporäre alternative Versorgung zurückgegriffen werden. „Auch in diesem Fall müssen notwendige Überwachungsmaßnahmen mit Gesundheitsämtern abgestimmt werden“, so Post.

Solche Änderungen der Beschaffenheit, seien sie temporär oder auch dauerhaft, müssen selbstverständlich auch den Gesellschaftern und Kundenkommunen umgehend mitgeteilt werden. Einmal im Jahr erhalten sie auch eine aktualisierte Übersicht über die Trinkwasseranalysen des bereitgestellten Trinkwassers. Je nach Herkunft des Trinkwassers und Mischung im Verteilungsnetz können dies zahlreiche unterschiedliche Analysen sein.

Unabhängig von Herkunft und Mischungsverhältnis gilt, dass immer und überall, wo Hessenwasser bereitgestellt wird, gutes Trinkwasser durch das Verteilungsnetz fließt. Dafür wird auch sehr viel getan. Schon im Wasserwerk und in den Behältern sind, neben zahlreichen Druck- und Mengenmessungen, an rund 200 Stellen qualitätsrelevante Messgeräte installiert, deren Daten permanent online bei der Leitzentrale Hessenwasser einlaufen. Bei der kontinuierlichen Kontrolle werden wichtige Leitparameter an relevanten Punkten im Zuge der Aufbereitung eines Trinkwassers überwacht, wie beispielsweise der pH-Wert, die elektrische Leitfähigkeit oder das Redoxpotenzial. Die güterelevanten Warngrenzen werden wiederum anlagen- und gerätespezifisch von der Trinkwassergüte festgelegt, damit bei Über- oder Unterschreitung automatisch eine Meldung im System ausgelöst wird und die Operators in der Leitzentrale aktiv in den Prozess eingreifen können. Wartung und Pflege der Messsysteme obliegt dem geräteverantwortlichen Wasserwerkspersonal vor Ort.

„Die Pflege der Messgeräte kann schon einen ganzen Arbeitstag in Anspruch nehmen und muss fachgerecht ausgeführt werden. Um dies sicherzustellen, müssen die Kollegen regelmäßig geschult werden. Die Schulungen werden von der Trinkwassergüte inhaltlich strukturiert und von externen Fachfirmen, aber auch von Fachleuten aus dem Hause Hessenwasser durchgeführt“, erläutert Steinbach.

Zentrale Trinkwassergütekontrolle

Neben der Überwachung und Betreuung der Online-Messgeräte hat der Bereich Trinkwassergüte die Verantwortung sowohl für die Systematik der Überwachung als auch für die Bewertung aller Trinkwassergütedaten. Dazu hat das

links: Peter Paul Hanke und Karl Stiller bei der Chlormessung während eines Notfalleinsatzes.

rechts: Um die automatisierten Online-Messungen (im Bild die Geräte zur Bestimmung der Leitparameter) zu verifizieren, werden die Ergebnisse regelmäßig mit Handmessgeräten nachvollzogen.

Team Zugriff auf das Labor-Informations- und Management-System (LIMS), in dem die Mitarbeiter des Zentrallabors unter anderem die Analysenergebnisse der jährlich über 10.000 Trinkwasserproben bereitstellen. Neben den Einzelparametern, deren Untersuchung von der TrinkwV fest vorgeschrieben wird, gilt es auch im Rahmen von vorsorgenden Untersuchungsstrategien die Parameterumfänge der Spurenstoffanalytik den sich wandelnden Anforderungen anzupassen. Dabei werden auch die Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit in Fachgremien über das Vorkommen von „neuen Spurenstoffen“, wie etwa perfluorierte Tenside (PFT), in Zusammenarbeit mit dem Labor in die Untersuchungsprogramme (Monitoring) eingepflegt. Nicht selten müssen dafür auch neue analytische Verfahren im Labor etabliert werden. Steinbach: „Es gibt unzählige Stoffe, aber wir können das Wasser nicht auf alles hin un-tersuchen, das wäre weder sinnvoll noch wirtschaftlich. Man muss abwägen, was aus gesundheitlicher Sicht relevant ist, und das Monitoring gegebenenfalls erweitern.“

Die wenigen Beispiele mögen die zentrale Funktion des Bereichs Trinkwassergüte an der Schnittstelle zwischen Labor und Betrieb verdeutlichen. Das Team um Dr. Post steht mit seiner Arbeit für die Qualität unseres Hessenwassers □

50 Jahre Wasserverband Kinzig

Im September 2013 jährte sich die Gründung des Wasserverbands Kinzig (WVK) zum fünfzigsten Mal. Hessenwasser betreibt für das Verbandsgründungsmitglied Stadt Frankfurt am Main die Wasserbeschaffung und sorgt als technischer Betriebsführer des WVK für die Bereitstellung von einwandfreiem Trinkwasser und den Betrieb der Gewinnungsanlagen.

Die 1950er- und 1960er-Jahre waren in Frankfurt am Main von Wachstum geprägt. Die Zunahme der Bevölkerung und das Wirtschaftswachstum hatten einen starken Anstieg des Wasserbedarfs zur Folge. Dies führte im Kern des Ballungsraums Rhein-Main, dessen Wassergewinnung sich im Wesentlichen auf örtliche Anlagen stützte, bereits in den 1950er-Jahren zu Versorgungsengpässen; in Trockenjahren wie 1956 und 1964 traten verbreitet Wassernotstände auf. Schon 1954 wurde daher in der Hessischen Wasserwirtschaftsverwaltung begonnen, Versorgungskonzepte zu entwickeln, die 1961 im „Rahmenplan Kinzig“ mündeten. Auf Basis dieser wasserwirtschaftlichen Landesplanung erfolgte am 17. September 1963 die Gründung des „Wasserbeschaffungsverband Kinzig“ als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der „Rahmenplan Kinzig“ und der Zeitenwandel

Der „Rahmenplan Kinzig“ hatte aufgrund der Wasserbedarfsprognosen gewaltige Dimensionen. In einem Bericht der Stadtwerke Frankfurt aus dem Jahr 1962 wurde bilanziert, dass im „Planungsraum Kinzig“ im Endausbau ab 1973 rund 40 Mio. m³ Grundwasserreserven für die Versorgung Frankfurts zur Verfügung stünden. Für das Jahr 1985 wurde sogar eine Abgabe aus dem Kinzigraum von rund 52 Mio. m³ veranschlagt.

Es kam anders. Die wasserwirtschaftliche Landesplanungen wurden fortgeschrieben und führten zu dem 1967 vom zuständigen Minister für Landwirtschaft und Forsten vorgelegten „Sonderplan Wasserversorgung Rhein-Main“. Auf Basis dieser Planung erfolgte der Bau regional bedeutsamer Wasserwerke und der Ausbau des Leitungsverbundes Rhein-Main.

Neben dem Herzstück zur Sicherung der Wasserversorgung des Rhein-Main-Gebietes, dem Ausbau der großen Grundwasserwerke im Hessischen Ried Ende der 1960er-Jahre, erfolgte Anfang der 1970er mit dem Bau der Kinzigtal-Leitung eine Erweiterung des Leitungsverbundes. Die Kinzigtal-Leitung, ausgeführt in einer Dimension (DN 1200), die dem versorgungtechnischen Plansatz der Zeit entsprach, führt über rund 48 km von Wächtersbach-Neudorf bis nach Frankfurt-Bergen-Enkheim. Die erste Trinkwasserlieferung nach Frankfurt aus Anlagen des Verbands fand 1978 nach Errichtung der ersten Brunnanlagen im Gewinnungsgebiet Neuenschmidten und Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage in Wächtersbach-Neudorf statt. Im Jahr 1980 entlasteten die Stadtwerke Frankfurt den Verband durch Übernahme der Großtransportleitung. Heute gehört die Kinzigtal-Leitung zum Leitungsverbund der Hessenwasser.

Die Bilanz der Wasserlieferung des WVK an seine Verbandsmitglieder seit 1977 lässt nichts von den einst geplanten Dimensionen erahnen und gibt bei Betrachtung der Zahlen auch keinen Hinweis auf das erhebliche gesellschaftliche Konfliktpotenzial der Wassergewinnung durch den Verband. Die Wasserförderung schwankt in den 30 Betriebsjahren von 1979 bis 2009 zwischen 2,5 und 3,5 Mio. m³ pro Jahr. Wasserrechtlich zulässig ist eine jährlich Fördermenge von 3,7 Mio. m³ (Neuenschmidten rund 2,6 Mio. m³ / Kirchbracht bis zu

DER WASSERVERBAND KINZIG (WVK)

Mitglieder: Stadt Frankfurt am Main, Stadt Hanau, Main-Kinzig-Kreis

Gewinnungsanlagen:	6 Brunnen (Neuenschmitten) und 3 Brunnen (Kirchbracht)
Leitungsnetz:	ca. 25 km Transportleitungen
Aufbereitung:	WW Neudorf, Kapazität ca. 20.000 m³/d
TSM Zertifizierung:	seit 2006 nach DVGW Regelwerk

Die Steuerung und Überwachung der Anlagen des Verbandes erfolgt über die Leitzentrale in Neudorf durch Personal der Hessenwasser im Rahmen eines Betriebsführungsvertrags. Mit der Analytik des Trink- und Rohwassers sowie der Beratung in Wasserqualitätsfragen ist das Hessenwasser-Zentrallabor beauftragt.

Weitere Informationen unter www.wasserverband-kinzig.de bzw. via QR-Code unter:

Das Kinzigwehr bei Gelnhausen

1,1 Mio. m³). Satzungsgemäß bezieht Hessenwasser von dieser Menge 77,9 % (2,9 Mio. m³). Die übrigen 0,8 Mio. m³ verteilen sich auf die Verbandsmitglieder Stadtwerke Hanau GmbH und Kreiswerke Main-Kinzig GmbH. In Trockenjahren ist aufgrund ökologischer Restriktionen die Fördermenge in Neuenschmidten auf 2,2 Mio. m³/a begrenzt. Für den mittleren Trinkwasserjahresbedarf der Stadt Frankfurt, der in den letzten Jahren rund 47 Mio. m³ betrug, ist das ein Anteil von ca. 5 %.

Von der Wasserbeschaffung zum Hochwasserschutz

Neben der Wasserbeschaffung ist der Hochwasserschutz im Kinzigtal seit der Verbandsgründung als wichtige wasserwirtschaftliche Aufgabe definiert, die dem Verband 1972 vom Land übertragen wurde. Zwischen 1976 und 1981 wurde die Kinzig-Talsperre bei Bad Soden-Salmünster-Ahl errichtet. Sie reguliert etwa ein Drittel des Einzugsgebiets der Kinzig. Vor dem Hintergrund zunehmender Risiken durch Extremhochwässer gewannen die Planungen des Verbandes zum Hochwasserschutz an Bedeutung. Im Jahre 2009 wurde ein Gesamtkonzept für den Hochwasserschutz im Kinzigtal vorgelegt, das vom Land als Pilotprojekt für den gewässerbezogenen Hochwasserschutz anerkannt wurde. Im Jahr 2012 wurde seitens des Landes der erste Förderbescheid zugewiesen und damit der Startschuss für konkrete Planungen gegeben. Heute ist der Hochwasserschutz die wichtigste Aufgabe des Wasserverbands Kinzig.

Die Gründung des Verbandes und die Planung seiner Rahmenbedingungen fielen in eine Zeit, die von Wachstumsprämissen geprägt war. Die Umsetzung dieser Planungen und die Errichtung entsprechender Anlagen fanden in einer Zeit des gesellschaftspolitischen Umbruchs statt, in der Begriffe wie Ökologie und „Grenzen des Wachstums“ an Bedeutung gewannen. Die ursprünglichen Ansätze wurden sowohl durch ein verändertes Verbraucherverhalten als auch durch gewandelte Konzepte der politisch Verantwortlichen obsolet.

Tempi passati

Aus dem bedingungslosen Versorgungsauftrag in Zeiten stetig steigenden Bedarfs entwickelte sich ab den 1990er-Jahren eine ökologisch motivierte Wasserspar-Politik (die als „Frankfurter Weg“ bekannt gewordene Wassersparkampagne). Sie führte zu neuen Rahmenbedingungen für die Wasserversorgung. Die Wasserversorgungsstrukturen des WVK sind daher auch Symbol für eine noch vom Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit geprägten Wachstumsideologie. Wirtschaftlich betrachtet ist dies kein leichtes Erbe, das jedoch auch als ein Beispiel des Siegeszugs ökologischer Grundwassergewinnung gelten darf. In dem Grußwort, das die beiden Verbandsvorsteher, Dr. Constantin Alsheimer und Landrat Erich Pipa, der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen mit auf den Weg gegeben haben, wird die eigentliche Stärke des Verbands betont: „Im 50. Jahr seines Bestehens tritt der WVK zunehmend den Beweis an, dass öffentlich-rechtliche Zusammenschlüsse von Kommunen nicht nur hochqualifiziert und kostengünstig agieren können, sondern auch vielen privatwirtschaftlichen Infrastrukturlösungen in Sachen Nachhaltigkeit und langfristige Verlässlichkeit überlegen sind“. □

Wasser, Wald und der runde Tisch im Hessischen Ried

Im Hessischen Ried liegen viele Wasserwerke im Wald, eng umgeben von Siedlungen und landwirtschaftlichen Flächen. Das wirft die Frage auf, welcher Grundwasserstand richtig ist. Das Land Hessen lässt prüfen, ob die Grundwasserstände weiter angehoben werden sollten.

Das Hessische Ried war ein Feuchtgebiet, das seit Jahrhunderten bis ca. 1970 entwässert wurde. Zu den Maßnahmen zählen die Umsetzung des „Generalkulturplans Ried“ ab 1929 mit der Erweiterung und Vertiefung der Entwässerungsgräben zur Trockenlegung von Ackerland sowie die Begradigung der Oberflächengewässer.
Für Darmstadt, Worms und Mainz und deren Umland bestehen schon seit ca. 1880/1910 größere Grundwasserwerke zur Wasserversorgung. 1964 gingen das Wasserwerk Allmendfeld (durch den Zweckverband Riedwerke Groß-Gerau) und das Wasserwerk der Stadt Gernsheim sowie 1969 das Wasserwerk Jägersburg (Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe-Ost) im Gernsheimer und Jägersburger/Lorscher Wald in Betrieb. Zeitgleich wurden auf Basis einer gezielten Planung des Landes Hessen (Sonderplan Wasserversorgung Rhein-Main, 1967) in der Region Grundwasserentnahmen für die landwirtschaftliche Beregnung oder zur Industriewasserversorgung erweitert bzw. neu eingerichtet.

STEUERUNG DER INFILTRATION

Hessenwasser hat im Jahr 2005 die Geschäftsführung und den Betrieb des WHR übernommen. Die Steuerung der Infiltration in Anpassung an die Veränderungen der Witterung und der Fördermengen ist Teil des komplexen Aufgabengebietes des Bereichs Ressourcenmanagement. Ausgehend von der Messung der Grundwasserstände und deren grafischer Auswertung im Bereich Monitoring wird im Bereich Bewirtschaftung eine Prognose der weiteren Grundwasserstandsentwicklung und der Bedarfsdeckung im Leitungsverbund unter Berücksichtigung lokaler Zwangspunkte angefertigt. Daraus werden in Abstimmung mit anderen Fachbereichen die Steuerungsempfehlungen für den Betrieb abgeleitet. Monatlich wird so die Einhaltung der wasserrechtlichen Vorgaben überprüft und geplant. Dabei werden die Vorgaben des Versorgungskonzepts für Wasserbezüge berücksichtigt. Seit 2011 wird durch Mehrinfiltration und Mehrförderung im Ried eine ökologische Verbesserung der Grundwasserstände im Vogelsberg umgesetzt, indem der Wasserbezug von der Oberhessischen Versorgungs-AG (OVAG) um ca. 3 Mio. m³/a reduziert wurde. Die kompensatorische Erhöhung der Grundwassergewinnung im Hessischen Ried ist dank angepasster Mehrinfiltrationen grundwasserstandsneutral.

Sinkende Grundwasserstände – Nutzen und Schaden

Alle diese Maßnahmen auf der Grundlage der Landesplanungen bewirkten im Laufe der Jahrzehnte eine Absenkung des mittleren Grundwasserspiegels, die vorhersehbar war und in Kauf genommen wurde. Erfahrungsgemäß schwankt der Grundwasserspiegel im Ried regelmäßig etwa +/– 1 m um einen mittleren Stand, der zunächst langsam, dann zunehmend in weiten Bereichen um 3 bis 4 m abgesenkt wurde. Der Tiefstand wurde während einer fünfjährigen Trockenperiode von 1971 bis 1976 in den Wäldern des mittleren Rieds erreicht (siehe Grafik).
Waren bis 1960 noch feuchte Wälder mit einem Grundwasserstand von 2 bis 3 m unter Flur verbreitet, haben die Bäume seit etwa Mitte der 1970er-Jahre bei einem Flurabstand von 5 bis 7 m den direkten Anschluss an das Grundwasser verloren. Seitdem sind sie allein auf Regen angewiesen, der in trockenen Sommern jedoch nicht in ausreichender Menge fällt, um Bäume und feuchte Vegetation gedeihen zu lassen.
Die sinkenden Grundwasserstände hatten Folgen. Neu gebaute Häuser zeigten Setzrissschäden, es verschwanden feuchteliebende Pflanzen und Tiere und die an hohe Grundwasserstände angepassten Wälder entwickelten zunehmende Schäden am Baumbestand. Während die Veränderungen außerhalb des Walds in wenigen Jahren abgeschlossen waren, entwickelten die Bäume je nach Regenmengen mal mehr oder weniger Schäden. Gleichzeitig wirkten auch andere Schadfaktoren auf den Wald ein, z.B. saurer Regen (Überdüngung), neue Baumkrankheiten (Eichenkomplexkrankheit) und seit 1987 auch der Klimawandel (Temperaturstress). Seit den 1980er-Jahren kam es daher zum Absterben von Bäumen: Heute sind nur geschädigte Reste ehemals grundwasserabhängiger Wälder im mittleren Ried vorhanden. Die sinkenden Grundwasserstände hatten aber nicht

nur Nachteile. Ehemals feuchte Gebiete konnten zu Siedlungsflächen und Feuchtwiesen zu intensiv genutztem Ackerland umgewandelt werden.

Gegenmaßnahmen werden ergriffen

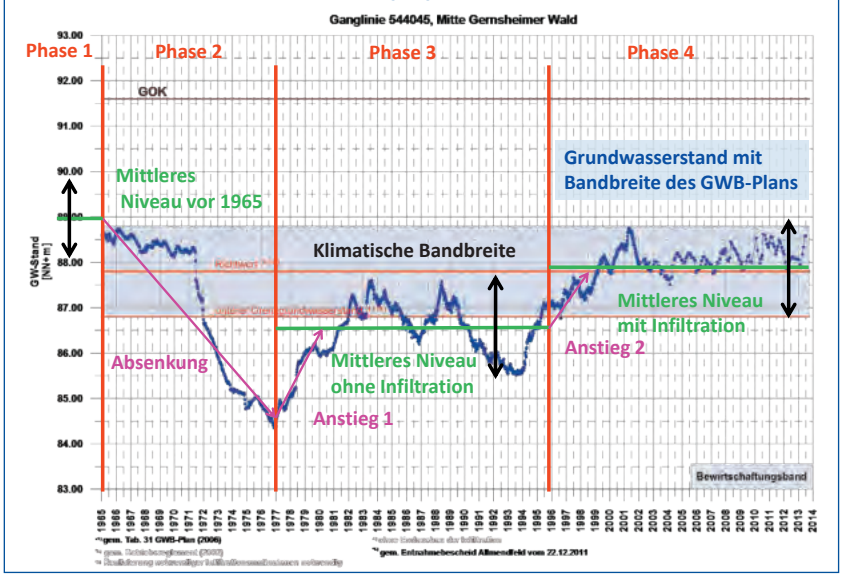
Ab 1977 wurden Maßnahmen gegen die sinkenden Grundwasserstände ergriffen: Die Förderung des Wasserwerks Allmendfeld wurde halbiert. 1979 wurde der Wasserverband Hessisches Ried (WHR) gegründet. Seit Inbetriebnahme der technischen Anlagen des WHR im Jahr 1989 versorgt er Teile der Landwirtschaft zur Beregnung mit aufbereitetem Rheinwasser und vermeidet so bis zu 5 Mio. m³ Grundwasserentnahmen jährlich. Zusätzlich stehen bis zu 38 Mio. m³ jährlich zur Grundwasseranreicherung im Zustrom der Hauptwasserwerke zur Verfügung. Damit wird dort die mittlere Grundwasserneubildung um bis zu 50 % erhöht. Auch diese Maßnahme wurde in enger Abstimmung mit der damaligen Landesregierung entwickelt und mit Steuermitteln gefördert. Heute ist Hessenwasser nach der Landwirtschaft das größte Mitglied des WHR und Hauptfinanzier dieser Umweltdienstleistungen. Weitere Mitglieder sind der Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost, drei südhessische Landkreise und die Stadt Darmstadt.

Der WHR hat die Grundwasserstände seit 1996 im Wald durch Grundwasseranreicherung um bis rund 2 m erhöht, um Schäden durch Trockenheit zu vermeiden und – soweit dies ohne Vernässungen möglich ist – auch Verbesserungen für den Wald und den Naturhaushalt zu erreichen. Die Nassperiode 2001 – 2003 zeigte, dass noch höhere Grundwasserstände zu Vernässungen von landwirtschaftlichen Nutzflächen und in Siedlungsbereichen führen.

Der Grundwasserbewirtschaftungsplan

Der Grundwasserbewirtschaftungsplan (RP Darmstadt 1999) entstand als Kompromiss aller beteiligten Interessenvertreter und stellt mit seinen detaillierten Vorgaben zusammen mit den darauf aufbauenden Wasserrechtsbescheiden die maßgeblichen Regelungen für den Betrieb der Wasserwerke und Infiltrationsanlagen im Ried dar. Um die natürlichen Vernässungsgefahren für tiefliegende Orte und Felder nicht zu erhöhen, wird die Infiltration durch die Vorgaben des Grundwasserbewirtschaftungsplans und durch die Wasserrechtsbescheide begrenzt. Durfte bis 2003 nicht höher als bis zu 3,5 m unter Flur aufgespiegelt werden, limitieren heute die Abschaltwerte für die Infiltration örtlich unterschiedlich die Höhe der Grundwasserstände. Sie bewegen sich in den zentralen Waldbereichen je nach Geländehöhe zwischen 2 und 4,5 m. In den benachbarten Siedlungen bedeutet dies Flurabstände von 2 – 3 m und in Geländesenken von teilweise weniger als 1 m. Hessen-Forst fordert zusammen mit Naturschutzverbänden in Waldbereichen jedoch noch höhere Grundwasserstände von 2 – 2,5 m unter Flur.

Grundwasserstandsganglinie von 1995 bis 2013



Mehr Wasser für den Wald?!

Der Wasserverband Hessisches Ried hat 2011 zusammen mit dem Land eine Machbarkeitsstudie für die von der Forstverwaltung geforderte zusätzliche Waldinfiltration vorgelegt. Sie zeigt, dass dies nur machbar ist, wenn die Aufbereitungskapazität des Wasserwerks Biebesheim und seiner Infiltrationsanlagen um 70 % vergrößert werden. Gleichzeitig müssten aber Maßnahmen zum Vernässungsschutz für Orte und Landwirtschaft ergriffen werden. Etwa die Hälfte des im Wald zusätzlich infiltrierten Wassers müsste außerhalb der Waldgebiete zum Schutz vor Vernässungen wieder abgepumpt werden. In der Studie wurden Investitionskosten von rund 100 Mio. Euro und geschätzte Betriebskosten von 10 Mio. Euro jährlich ermittelt.

Die Beschaffung der Mittel für die Investitionen und die Finanzierung der laufenden Kosten ist völlig ungeklärt. Was von wem umgesetzt werden könnte und wie die Finanzierung der komplexen Pläne aussehen könnte, wird seit 2012 am „Runden Tisch Hessisches Ried“ beraten. Unter Leitung des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Bernd Kummer soll versucht werden, die unterschiedlichen Interessengruppen in einem Konsens zusammenzubinden. Ein Ergebnis in Form einer Empfehlung für den Hessischen Landtag soll 2014 erzielt werden. □

Versickerungsorgane des WHR im Gernsheimer Wald.

Kontinuität im Wandel

Seit Juli 2013 ist Joachim Reimann neuer Bürgermeister der Gemeinde Niedernhausen. Mit diesem Amt ist traditionell die Funktion des Verbandsvorstehers des Wasserbeschaffungsverbandes (WBV) Niedernhausen/Naurod verbunden. Im August hat die Verbandsversammlung Reimann einstimmig zum Vorsteher gewählt. Inside-Out sprach mit dem Juristen über sein Verhältnis zur Wasserversorgung und seine Ziele im Verband.

Bürgermeister Joachim Reimann

IO: Herr Reimann, als Vorsteher des WBV Niedernhausen/Naurod sind Sie nicht nur für die Wasserversorgung Ihrer Gemeinde, sondern auch für die Wasserbeschaffung für vier Wiesbadener Stadteile verantwortlich. Was bedeutet diese neue Aufgabe für Sie?

Reimann: Ich freue mich auf dieses Amt und die damit verbundene Herausforderung. Der WBV ist zuständig für die Bereitstellung von Trinkwasser für rund 30.000 Menschen, fast die Hälfte davon Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden. Aus diesem Grund sind mit Herrn Nickel, dem Ortsvorsteher Naurod, und Herrn Große, dem Ortsbeirat Auringen, auch die kommunalen Vertreter der Stadtteile zu ihrer Interessenwahrung in der Verbandsversammlung vertreten. Zur Wahrnehmung der verantwortungsvollen Verbandsaufgabe stehen mir mit Herrn Frank als Geschäftsführer und Herrn Gigerich als technischem Leiter langjährig erfahrene Mitarbeiter zur Seite, sodass auch eine Kontinuität gewahrt wird.

IO: Der Wasserbeschaffungsverband stützt sich seit seiner Gründung zur Wahrnehmung seiner Aufgabe vollständig auf lokale Ressourcen und eigene Anlagen. Wie bewerten Sie langfristig dieses Konzept.

Reimann: Die Qualität und Ergiebigkeit der Gewinnungsanlagen Farnweise und Hirschborn waren Mitte der Sechziger-Jahre die Grundlage für die Gründung des Verbands. Die Zuverlässigkeit der Gewinnung hat sich bis heute bewährt. Es wurde im Laufe der Jahre aber auch deutlich, dass die steigenden Anforderungen, die der Gesetzgeber an die Wasserversorgung stellt, sich nur gemeinschaftlich effizient darstellen lassen. Seit 2001 ist Hessenwasser in Nachfolge von ESWE nicht nur Verbandsmitglied, sondern auch kompetenter Partner bei allen versorgungstechnischen Sachverhalten.

IO: Der Verband wird gemeinsam von der Gemeinde Niedernhausen und Hessenwasser gebildet. Wie bewerten Sie diese Zusammenarbeit?

Reimann: Der Verband stellt eine ideale Plattform für die interkommunale Zusammenarbeit bei einer für die Kommunen so zentralen Aufgabe wie der Wasserversorgung dar und ist dadurch über die Verbandsgrenzen hinaus Teil der überregionalen Versorgungsstrukturen des Rhein-Main-Gebiets. Es ist eines der Charakteristika des Ballungsraumes, dass die Wasserversorgung aus einem Mix von lokalen und überörtlichen Strukturen besteht. Diese Strukturen gilt es zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in der Region gemeinsam mit Hessenwasser weiterzuentwickeln. □

DER WASSERBESCHAFFUNGSVERBAND NIEDERNHAUSEN/NAUROD

Der Verband wurde am 2. Januar 1965 von den damals selbständigen Gemeinden Niedernhausen und Naurod gegründet. Die Steuerung und Überwachung der Anlagen des Verbandes erfolgt seit 2004 über die Leitzentrale der Hessenwasser. Mit der Analytik des Trink- und Rohwassers sowie der Beratung in Wasserqualitätsfragen ist das Zentrallabor der Hessenwasser beauftragt. Der Betrieb des WBV ist seit 2009 gemäß DVGW-Regelwerk zum Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) zertifiziert.

Ein ausführliches Porträt des Verbandes ist in der Inside-Out 02-2008 erschienen. Nachzulesen auf www.hessenwasser.de im Bereich Downloads oder direkt hier via QR-Code

Rathaus der Gemeinde Niedernhausen

Trinkwasser top bewertet

In einer Blindverkostung des Forums Trinkwasser traten Trinkwasser aus der Leitung und Mineralwasser zum Geschmackstest an. Sieger war Trinkwasser aus dem Hessischen Ried.

Dass verschiedene Wassersorten sehr unterschiedlich schmecken, zeigte eine Blindverkostung, zu der das Forum Trinkwasser im Oktober 2013 eingeladen hatte. Die Organisation setzt sich dafür ein, in der Bevölkerung das Bewusstsein für Trinkwasser als ein wertvolles Lebensmittel zu stärken. Für den Test wurden in einem Wasserwerk in Frankfurt am Main sechs verschiedene Wässer – Trinkwasser und stilles Mineralwasser – in neutralen Gläsern bereitgestellt. Eine fünfköpfige Jury aus Vertretern der Gastronomie, den Medien, der Wasserwirtschaft und dem Forum Trinkwasser sollte den Geschmack bewerten und einschätzen, ob es sich um Trinkwasser aus der Leitung oder Mineralwasser handelte. Bei Letzterem lagen die Tester meistens daneben.

Wasser aus dem Ried schmeckt am besten

Einfacher fiel den Juroren die Bewertung des Geschmacks. Sie bevorzugten – da waren sich die Tester einig – das Trinkwasser aus dem Hessischen Ried. Von dort stammen auch große Teile des Wassers, das in den Frankfurter Haushalten aus der Leitung strömt. Das Wasser aus dem Ried hat mit 112 mg Calcium und 18,5 mg Magnesium pro Liter einen hohen Mineraliengehalt. Auf dem zweiten Platz landete ein Discounter-Mineralwasser (Preis: 13 Cent pro Liter), knapp dahinter Trinkwasser aus dem Schläferskopfstollen in Wiesbaden. Auf dem vorletzten Platz landete übrigens das teuerste Wasser im Test: ein Mineralwasser aus Norwegen für 5,20 bis 8,90 Euro pro Liter.

oben: In der Blindverkostung haben die Juroren sechs verschiedene Sorten Trinkwasser und stilles Mineralwasser getestet. (© Forum Trinkwasser)

unten: Gewinner im Geschmackstest war Trinkwasser aus dem Hessischen Ried. (© Forum Trinkwasser)

Trinkwasser – regional, gesund und preiswert

„Diese eindeutige, gute Platzierung des Trinkwassers aus der Leitung bestätigt uns in unserer Arbeit für dieses wertvolle Lebensmittel“, so Dr. Helmut Eiteneyer vom Forum Trinkwasser. „Mal abgesehen vom Preis – mit durchschnittlich 0,2 Cent pro Liter unschlagbar preiswert – ist Trinkwasser ein regionales und damit umweltschonendes Getränk“, sagt er. Und schmeckt hervorragend. □

DIE WASSER DER BLINDVERKOSTUNG IM ÜBERBLICK

Platz	Name	Quelle	Preis in Euro/l	Wasserhärte	Mineraliengehalt in mg/l
1	Trinkwasser aus dem Hessischen Ried	Grundwasser	ca. 0,002	hart	Ca: 112 / Mg: 18,5
2	Mineralwasser Saskia (Lidl)	Saarland, Kirkel	0,13	weich	Ca: 3,2 / Mg: 0,8
3	Trinkwasser aus dem Schläferskopfstollen, Wiesbaden	Stollenwasser	ca. 0,002	weich	Ca: 6,9 / Mg: 3,2
4	Trinkwasser aus Goldstein bei Frankfurt	Grundwasser	ca. 0,002	mittel	Ca: 52,6 / Mg: 10,6
5	Mineralwasser VOSS	Süd-Norwegen	5,20 – 8,90	weich	Ca: 3,46 / Mg: 0,78
6	Mineralwasser Contrex	französische Vogesen, Contrexéville	0,49 – 0,54	hart	Ca: 468 / Mg: 74,5

Das Wasser ist ein freundliches Element für den, der damit bekannt ist und es zu behandeln weiß.

Johann Wolfgang von Goethe

Gilt für jeden Aggregatzustand.

hessenwasser

Hessenwasser GmbH & Co. KG · Taunusstraße 100 · 64521 Groß-Gerau/Dornheim · Telefon: +49 69 25490-0 · www.hessenwasser.de

© noerenberg - fotolia.com; © weseetheworld - fotolia.com; © Vít Kovalcík - fotolia.com; © weseetheworld - fotolia.com